

2020 - Schulden für immer ?

Inhalt:	Seite
Vorbemerkung	1
Der Kapitalismus auf Intensivstation mit extrakorporaler Schuldenbeatmung ..	2
Schulden – (k)ein Segen?	3
Schulden - (k)ein Problem?.....	4
Bürgerliche Wirtschaftstheorien und -politik	5
Die „Modern Monetary Theorie“ (MMT)- ultima Ratio des Kapitals ?	6
Von Keynes über Hayek zur MMT	7
Was ist Geld?	8
Geld = Schulden? - „New Left“	11
A propos: Verschuldung der Unternehmen	12
Kapitalismus wie immer?	14
Strukturelle Überakkumulation	15
Inflation oder Deflation?	16
Die „säkulare Inflation“	17
Teuerung, galoppierende Inflation	17
Destruktive Produktion	18
Deflation?	20
Was passiert mit den Schulden?	20
Beispiele: die Pläne der EU-Kommission	22
Schulden für steuerfinanzierte Renditen „privater“ Investoren	24
Fazit zur MMT	25
Wo bleibt das Positive?	26
Quellen	27

Anhang: Zum Tendenziellen Fall der Profitrate

Vorbemerkung

Mit diesem Text kann – mitten in der Krise – in manchen Punkten nur ein vorläufiger Zwischenstand erörtert werden. Zu ungewiss sind die weiteren Verläufe der „schlimmsten Rezession nach dem 2. Weltkrieg“ wie auch der Corona-Pandemie. Wirtschaftsweise korrigieren ihre Prophezeiungen fast schon in Monatsabstand, schwanken, ob der Verlauf einem V, einem U oder L folgt. Endet die deutsche Exportabhängigkeit und Hegemonie über Europa in einem ökonomischen Stalingrad? Kommt die zweite Welle? Inflation oder Deflation? Steht durch massenhafte Kreditausfälle und gewaltige Vermögensblasen ein neuer großer Finanzcrash bevor? In welchem Ausmaß wird aus Kurzarbeit Arbeitslosigkeit? Wer zahlt für die Krise und die Schulden? Fragen über Fragen – Prognosen sind schwierig, besonders, wenn sie die Zukunft betreffen. Daher sind diejenigen Aspekte des Textes besonders wichtig, mit denen versucht wird, den historischen Charakter des Kapitalismus in seinem unumkehrbaren Verlauf zu beleuchten. Eines bleibt klar: es wird keinen „Zusammenbruch“ geben, das Ende des Kapitalismus kommt nicht von alleine.

Der Kapitalismus auf Intensivstation mit extrakorporaler Schuldenbeatmung

Schlaglichter (Stand Frühsommer 2020):

2019 sind nach (1) die Verbindlichkeiten von Banken, Staaten, Unternehmen und privaten Haushalten rund um den Globus auf 250 Billionen US-\$ gestiegen, seit der Finanzkrise 2008 um 78 Billionen Dollar. 2020 wird sich diese Summe noch erheblich steigern.

Bis Ende des laufenden Jahres 2020 wird ein weltweiter Staatsschuldenstand von 53 Billionen US-Dollar erwartet - ein neuer Rekordwert. Nach Schätzungen von S&P (von Anfang 2020) sollen sich die Positionen der sechs Nationen mit den größten Staatsschulden per Jahresultimo 2020 wie folgt entwickeln – in Bio. \$ (Billionen = 1.000 Milliarden):

USA 17,7 Bio; Japan 10,7 Bio., GB 2,8 Bio. China 2,7 Bio., Italien 2,3 Bio. Frankreich 2,1 Bio.. Zum Vergleich: Deutschland 1,3 Bio. \$. (2).

Nach (3) standen die Staatsschulden nur der Zentralregierung in Washington (noch weit über der Schätzung von S&P) per 08.05.2020 bei über 25 Bio.\$. Sie dürften sich noch weiter kräftig ausweiten. Im Kalenderjahr 2019 wurde ein Haushaltsdefizit von -1022 Mrd. \$ erzielt; in den ersten vier Monaten 2020 waren es bereits -1124 Mrd. \$.

Nach (4) steigert sich die Staatsverschuldung der USA von 10,8 Bio. \$ im Jahr 2008 auf geschätzte 24,1 Bio. \$ in 2020.

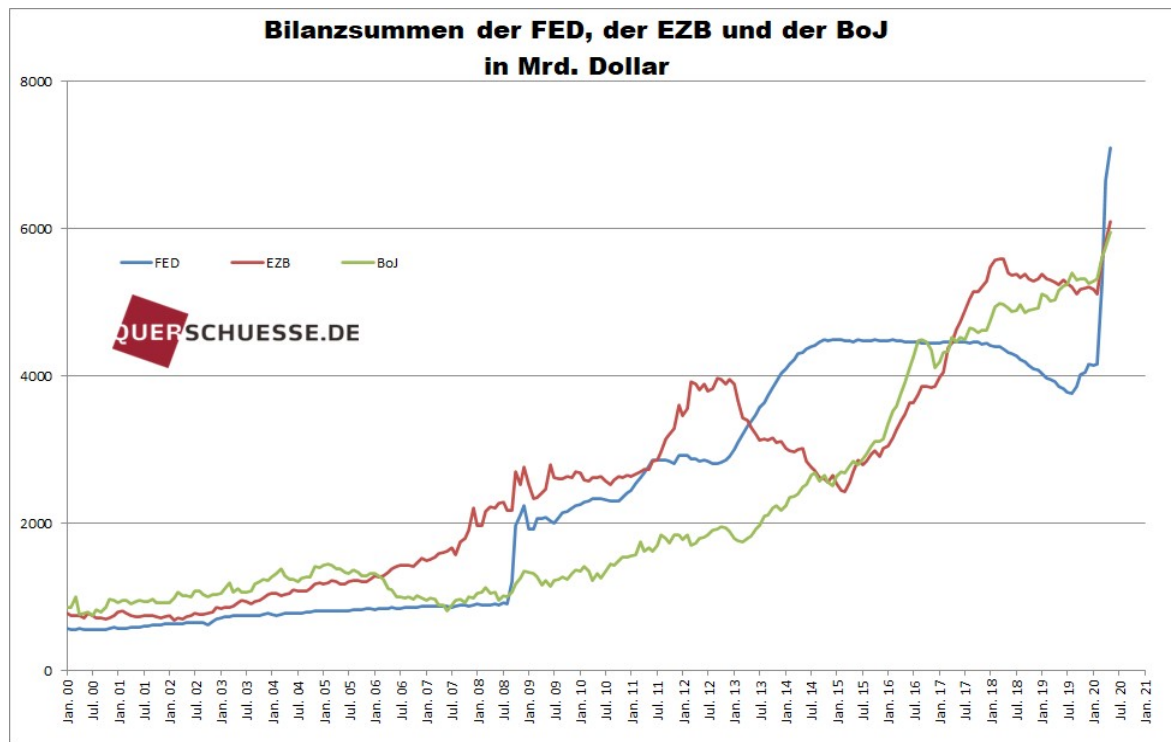
„Volkswirte haben weltweite Hilfspakete im Volumen von über 8 Billionen Euro errechnet. Hier liegt Europa noch deutlich vor den USA“ (5).

Die EZB erhöhte Anfang Juni 2020 ihr Anleihenankaufprogramm bis 2021 von 750 Mrd. € auf 1,35 Billionen €. Rechnet man dies zum Stand Juni 2019 von 2,55 Bio. € hinzu, wären das 3,9 Billionen €.

„Seit März 2020 haben die FED (US-Zentralbank), die EZB und die BoJ (Bank of Japan) um über 5000 Mrd. Dollar ihre Bilanzen aufgeblasen ... um durch die Krise in die nächste Runde zu kommen ... ohne dass die zu Grunde liegenden Probleme damit gelöst werden. In jeder neuen Runde wird das gedrehte Schuldenrad noch größer, das Moral Hazard Problem noch schwerwiegender, Fehlanreize, Fehlleitungen und fehlende Haftung noch gravierender.“ (6)

Bei alledem stellt sich die Frage nach einem drohenden Kollaps des Finanzsektors. „Finanzexperten“ warnen schon vor den Folgen massenhafter Kreditausfälle, Problemen von Versicherungen und Pensionsfonds aufgrund des Nullzinsniveaus. Man spricht wieder

von einer „Bad Bank“, mit der die EZB den Finanzmarktschrott übernehmen soll.



Schulden (k)ein Segen?

Kein Zweifel – die Rettungspakete verhindern Schlimmeres. Sie helfen Existenzen zumindest über die ersten Runden, verhindern oder lindern Firmenabstürze, helfen Eltern, Selbstständigen, bieten Kreditbürgschaften, Überbrückungshilfen, unterstützen die Kaufkraft usw.. Die LINKS-fraktion begrüßt daher die Maßnahmen generell, kritisiert aber den „Verzicht, Verursacher und Nutznießer der Krise in Pflicht zu nehmen“. Sie bemängelt die Umverteilung von unten nach oben, „dass viele durchs Raster fallen“, sie fordert, die Rüstungsausgaben zu senken und unter noch manch anderem, dass „Nachbesserungen nötig“ seien. Eine schön brave Nachbesserungs-Fraktion.

Ansonsten – folgt man den blumigen Ankündigungen der GroKo („mit WUMMS aus der Krise“) und teilweise auch der Grünen (die natürlich auch ihre Kritikpunkte haben, solange sie (noch) nicht mitregieren) wird mit den Schulden „in die Zukunft der jungen Generation“, ja alternativlos in eine „gute Zukunft“ überhaupt investiert. Es geht ja um Infrastruktur, Straßen, Brücken, Bildung, Digitalisierung, Sicherung des Wirtschaftsstandortes, des Wohlstandes, des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Wettbewerbsfähigkeit, der Zukunft Europas, um Frieden, Sicherheit, Nachhaltigkeit, Klimaneutralität, Elektromobilität usw. usf..

Wer kann da noch irgend etwas gegen die Schulden haben?

Schulden -(k)ein Problem?

Grundsätzlich kein Problem - meinen die Anhänger der „Modern Monetary Theory“ (MMT). Staaten mit eigener Währung könnten sich in „*finanzieller Hinsicht alles leisten*“ und per „*Gutschriften von Notenbankreserven ... per Mausclick ... Geld schaffen*“ (7).

Während die herrschende Politik bemüht ist, die weltweite Wirtschaftskrise 2020 mehr oder weniger bis ausschließlich mit der Corona-Pandemie zu begründen, sind die tieferen Ursachen in einer Überproduktion bzw. Überakkumulation (8) zu suchen. Die Rezession hatte sich in einem Rückgang der Industrieproduktion spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2019 schon längst vor Corona bemerkbar gemacht. (9). Der Auftragseingang der Industrie in Deutschland ging im April 2020 im Vergleich zum Vorjahresmonat um -36,6% zurück. (Destatis).

Es handelt sich im Kern um eine kreditgetriebene Überproduktionskrise, wozu das „Quantitative Easing (QE = quantitative easing“ *) der Zentralbanken in Folge der Subprime-Krise 2008/09 ein gerütteltes Maß beigetragen hat.

*) QE – übersetzt: Quantitative Lockerung bedeutet, dass Zentralbanken meist langfristige private oder öffentliche Wertpapiere, zum Beispiel Staatsanleihen, von den Geschäftsbanken aufkaufen, wenn konventionelle Geldpolitik mittels Senkung des Leitzinses (Niedrigzinspolitik) nicht greift, weil die Zinsen bereits an der Nullzinsgrenze liegen. Die quantitative Lockerung soll über die Bereitstellung von zusätzlicher Liquidität im Bankensystem die Inflation näher an das von der Zentralbank ausgegebene Inflationsziel (2% der EZB) heranführen. ...“Für den Verkauf der in ihrem Besitz befindlichen langfristigen Anleihen erhalten die Banken zusätzliches Zentralbankgeld“ (https://de.wikipedia.org/wiki/Quantitative_Lockerung).

Selbstverständlich haben die „Maßnahmenpakete“ und Lockdowns gegen Corona die Krise in allen betroffenen Ländern enorm verschärft.

Die jetzigen Krisenmaßnahmen und Verschuldungspakete wie das weitere Hochfahren des QE eröffnen beste Aussichten auf die nächste Krise.

Die aktuelle Lage des Kapitalismus erscheint wie eine Reise zwischen Scylla und Charybdis – allerdings im Gegensatz zu der des Odysseus – im aktuellen Fall in einen Ozean an Schulden. Auf der einen Seite - ohne die Schuldenpakete - ein noch tieferer Konjunkturerinbruch, auf der anderen Seite - mit den Maßnahmen - Schulden ohne Ende mit allen Risiken und Nebenwirkungen, wie sie in den nachfolgenden Kapiteln aufgezeigt werden. Vor diesem Hintergrund erscheint dies als Reise (nach dem bekannten Zitat Rosa Luxemburgs) in die Barbarei, denn man muss davon ausgehen, dass sich die Probleme mit jeder weiteren kapitalistischen Krise in Zukunft potenzieren.

Diese ökonomische Krise steht so im Zusammenhang mit all den anderen Phänomenen

einer umfassenden Weltkrise, zu der die Klimakrise, das imperialistische Wettrüsten und die entsprechende Kriegsgefahr, die permanenten Stellvertreterkriege, Handelskriege und Sanktionen, die Migrationskrise, Ernährungskrise, wachsende Ungleichheit, das Artensterben, die ungeheure Ressourcenvergeudung usw. usf. zählen.

Grundsätzlich ist die gigantische Verschuldung ein Ausdruck des historischen Charakters der kapitalistischen Produktionsweise.

Bürgerliche Wirtschaftstheorien und -politik

Seit den Anfängen des Kapitalismus folgt die bürgerliche politische Ökonomie den Entwicklungen der Produktivkräfte und den sich entsprechend wandelnden kapitalistischen Produktionsverhältnissen unter der Grundvoraussetzung, dass die Mehrwertproduktion, das Ausbeutungsverhältnis Kapital-Arbeit, die Marktwirtschaft ewig bestehen und alternativlos seien. Bei aller Wechselwirkung zwischen Theorien und dem real-historischen polit-ökonomischen Verlauf heißt also die Gretchenfrage, ob jeweilige Theorien von dieser Voraussetzung ausgehen, der Rechtfertigung bzw. Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnisse sprich Lohnsklaverei dienen oder nicht.

Hier muss auch der weit verbreiteten Grundauffassung widersprochen werden, „die Politik“ bzw. der Staat seien Herr der ökonomischen Entwicklung. Der bürgerliche Staat erscheint zwar an der verknöcherten Oberfläche der Gesellschaft als verselbstständigter Widerpart des Kapitals. Tatsächlich ist er grundsätzlich politische Klassenherrschaft der Produktionsmittelbesitzer über die Lohnabhängigen, Resultat des Zusammenraufens der verschiedenen Kapitalistenfraktionen, politisches Instrument, geschäftsführender Apparat des „ideellen Gesamtkapitalisten“, unlösbar Bestandteil der kapitalistischen Gesamtheit und notwendige Bedingung (Form) zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Je ausdifferenzierter und komplexer diese werden - durch erfolgreiche Kämpfe der Lohnabhängigen sozialstaatlich modifiziert - umso umfangreicher und bedeutender wird die Rolle des kapitalistischen Staates. Bürgerliche Staaten sind also die Form, die Existenzweise, die *Conditio-sine-qua-non* der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die außerhalb staatlicher Formen nicht existieren können. Der kapitalistische Inhalt bestimmt die staatlichen Formen, Inhalt und Form stehen in Wechselbeziehung, in einem dialektischen Entwicklungsprozeß. Staatliche Wirtschaftspolitik und die jeweiligen Theorien folgen im Wesentlichen der historischen Entwicklung des Kapitalismus (weniger umgekehrt) nach dem Prinzip „trial and error“.

Die „Modern Monetary Theorie“ (MMT)- ultima Ratio des Kapitals ?

„Wie schädlich sind hohe Staatsschulden? Die Neoliberalen sagen: sehr schädlich! So würgt der Staat das Wirtschaftswachstum ab. Nur wenn der Staat so richtig spart, führt das zu mehr Wachstum“ (10).

Die „Modern Monetary Theory“ macht Schuss mit diesem neoliberalen Dogma und behauptet das Gegenteil: „Staatliche Haushaltsdefizite stellen ... keine Belastung für eine Volkswirtschaft dar, sondern sind der Schlüssel zur ... Schaffung allgemeinen Wohlstands“ (7). Deutsche Protagonisten der MMT, wie Heiner Flassbeck mit dem Online-Magazin „Makroskop.eu“ postulieren frank und frei: *„Schulden für immer ...- ...wir können weder die Corona-Schulden noch irgend welche anderen Schulden zurückzahlen“ (17).*

Mittlerweile entspricht das tatsächliche Handeln aller kapitalistisch / imperialistischen Mächte im großen und ganzen weltweit der MMT. Einer ihrer Anhänger stellte fest: *„Die MMT ist eine deskriptive Geldpolitik und beschreibt, wie die allermeisten Staaten mit ihren Schulden bisher umgegangen sind.“* Zugleich konstatiert Heiner Flassbeck (11), *„... dass der globale wirtschaftliche Zusammenbruch alles bisher Gesehene in den Schatten stellt ...“.* Mehr als erstaunlich ist aber, dass Flassbeck und die deskriptiven Geldpolitiker da keinen Zusammenhang sehen und die Frage ignorieren, ob nicht die bisherige Schuldenpolitik *„der allermeisten Staaten“* nicht gerade mit ein Grund für den *„globalen wirtschaftlichen Zusammenbruch“* von 2020 sein könnte.

Das überaus robuste und ebenso fragwürdige Selbstbewußtsein, mit dem Heiner Flassbeck die „Logik staatlicher Schulden“ für sich beansprucht, zeigt sich beispielweise in seiner Feststellung, mit der er alle Sorgen über „das Bezahlen“ der Schulden beiseite wischt: *„Dass staatliche Schulden nichts mit Generationen zu tun haben, weil die Kinder und Enkelkinder neben den Schulden auch die Forderungen gegen den Staat erben, ist in Sekundenschnelle verstanden“ (11).* Es geht ihn offenbar nichts an, wessen Kinder und Enkelkinder die Forderungen = „Vermögen“ erben und welche nicht, ebenfalls nichts, welche katastrophale Risiken und Nebenwirkungen diese Schulden nach sich ziehen, worauf nachfolgend in diesem Text noch eingegangen wird.

Noch debattiert man aktuell in Deutschland über diverse Tilgungsfristen für die neuen Schuldenpakete. Je nach Geschmack fasst man 10, 20 oder 50 Jahre ins Auge, letztere 5 Jahrzehnte haben jüngst die LINKE und der DGB-Bundesvorstand (12) favorisiert. Andere (wie „Makroskop“) schlagen 500 Jahre bzw. den St.-Nimmerleinstag vor. Geht man davon

aus, dass a) die jetzige Krise durch die "Rettungspakete" von 2008-2010 mit verursacht wurde und b) kapitalistische Krisen sich alle 8 bis 10 Jahre mit erneutem Rettungsbedarf wiederholen - gleichzeitig die internationalen Spannungen und Probleme auf allen Gebieten überhaupt nicht geringer werden, benötigt man viel stimmungsaufhellende Substanzen, um da optimistisch zu bleiben. Glänzende Aussichten also für Kinder und Enkelkinder.

Von Keynes über Hayek zur MMT

Nach dem deutschen Wirtschaftswunder kam es seit Mitte 1965 zu einem konjunkturellen Abschwung. Mit dem „Stabilitätsgesetz“ wurde eine antizyklische Wirtschaftspolitik im Sinne von Keynes umgesetzt. Spätestens mit der ersten Ölkrise 1973 zeigten sich jedoch Probleme. Es kam 1976 in der BRD zur sogenannten Stagflation (Stagnation + Inflation) mit anhaltend fallenden Profitraten und somit praktisch zum Scheitern des Schillerschen Keynesianismus (Karl Schiller, „Super“minister für Wirtschaft in der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger 1966-1969). Es bahnte sich ein wirtschaftspolitischer Wechsel zum Neoliberalismus bzw. Monetarismus an. (Laut Wikipedia bezeichnet Neoliberalismus eine breite und heterogene theoretische Strömung, zu der die Freiburger Schule (Ordoliberalismus) und die Chicagoer Schule, aber auch Vertreter der Österreichischen Schule wie Friedrich August von Hayek gerechnet werden).

Der praktische Neoliberalismus begann anfangs der 80-iger Jahre in Gestalt der Reaganomics in den USA und des Thatcherismus in Großbritannien die Wirtschaftspolitik zu bestimmen. Er kam in der BRD deutlicher erst etwa ab 2004, später mit der rot-grünen Agenda 2010 zum Tragen. Grob und pauschal könnte man sagen, dass der Neoliberalismus eine ideologische Quintessenz der dem „Tendenziellen Fall der Profitrate“ (nach Marx – siehe auch Anhang) „entgegenwirkenden Ursachen“ ist.

Neoliberale „Reformen“ wurden von ihren Protagonisten „alternativlos“ als quasi objektive Überlebensnotwendigkeit des Kapitalismus betrachtet. Stephan Krüger (8) konstatiert einen Übergang von der „*beschleunigten Kapitalakkumulation*“ der Nachkriegszeit zur „*strukturellen Überakkumulation von Kapital in den Metropolen des kapitalistischen Weltmarkts*“ etwa auf die Mitte der 1970-er Jahre. (Naheres dazu weiter unten). Zu Beginn der 80-iger Jahre brach eine internationale Schuldenkrise auf (Zahlungsunfähigkeit von Polen, Argentinien, Mexiko). Man kann demzufolge annehmen, dass der Neoliberalismus in diesen Zusammenhängen reüssierte. Entsprechende „Think-tanks“ haben das theoretisch

nachvollzogen und propagiert. Ohne Lohnsenkungen, Sozialabbau, ohne Umverteilung vom Lohn zum Kapital usw., ohne Aufblähung des Kreditsystems wäre die kapitalistische Akkumulation mit fallenden Profitraten erlahmt und an ihre Schranke gestoßen.

Die „Subprime“-Krise 2008/09 war jedoch das Menetekel. Das Platzen der Spekulationsblasen, auf der Grundlage einer Rezession der „Realwirtschaft“ löste eine weiter gesteigerte Geldschöpfung, eine wachsende Verschuldung von Unternehmen, Privathaushalten und Staaten aus. Die Flucht in neue Verschuldungsschübe als „Heilmittel“, welches nach 2008 das Desaster von 2020 mit verursacht hat, soll nun erneut und enorm verstärkt zur Rettung dienen.

Mit der „Corona“-Krise 2019/20 ist der Neoliberalismus faktisch mit seinem Latein am Ende. Jedenfalls verschwanden seine bundesdeutschen Kronjuwelen, die „Schuldenbremse“ wie die „schwarze Null“ mit dem Rettungspaket vom März 2020 schlagartig dreifach donnernd in der Versenkung. Auch die kategorische Ablehnung von „Euro-Bonds“ besonders durch die bundesdeutsche Politik steht in Form halbseidener Kompromisslösungen auf der Kippe.

Es bleibt auch weltweit nur noch eine weitere Verschuldungswelle in noch nie dagewesenem Umfang, unabhängig vom Willen der Herrschenden, weil es offenbar nichts anderes zur Rettung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse mehr gibt. Wie soll das noch gerechtfertigt werden?

Da bietet sich die MMT scheinbar als Ei des Kolumbus, quasi als Theorie „ex machina“ an. Sind nun DIE LINKE, der DGB, die Anhänger einer „alternativen Wirtschaftspolitik“, alle Keynesianer und sozialdemokratischen Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus, die seit Jahr und Tag gegen Schuldenbremse und schwarze Null angerannt sind, endlich am Ziel ihrer Träume, den großen staatlichen Investitionsprogrammen? Wird ihr Wunsch nach einer „solidarischen Finanzierung“ der Krisenfolgen in Erfüllung gehen? D.h. einer „solidarischen“ Finanzierung (des Kapitalismus) – wer mit wem, wozu soll da solidarisch sein?

Betrachten wir zunächst ein paar „Grundbegriffe der MMT - einer „empirischen Geldtheorie“, wie dies ihre Protagonisten selbst definieren:

Was ist Geld?

Kennzeichen von Geld ist nach Meinung der MMT´ler dessen „*Fähigkeit als Zahlungsmittel, Steuern an den Staat begleichen zu können*“. Die Geldwirtschaft bestehe aus „*dem Zwang, Steuern und andere Abgaben mit einem vom Staat akzeptierten Zahlungsmittel*“

bezahlen zu müssen ... Der Steuerzahler produziert Güter, die ein Staat mit Geld bereit ist zu bezahlen“ (13).

Ein 60-seitiges Thesenpapier von Alex. Hofmann (Initiator und Mitgründer der „Samuel-Pufendorf-Gesellschaft für politische Ökonomie“ – siehe: <https://www.pufendorf-gesellschaft.org/>) gibt Auskunft über die „Grundbegriffe“ der MMT, die nach dem Autor „*einen wissenschaftlich fundierten Rahmen für die Gestaltung der Finanz- und Wirtschaftspolitik*“ schaffen soll – siehe (7).

Ein paar Kernsätze Hofmanns zur Frage „Was ist Geld?“:

„Geld = Kredit, d.h. eine jederzeit übertragbare Forderung gegen einen Dritten ... Geld = Schulden ... Ausdruck einer sozialen Gläubiger-Schuldner-Beziehung ... in Falle staatlichen Geldes hängt der Geldwert von Angebot und Nachfrage ab ... der Wert nichtstaatlichen Geldes hängt von der Einbringlichkeit der als Geld ausgetauschten Forderung und vom vereinbarten Tauschwert ab ... staatliches Geld entsteht durch Geldschöpfung ... überwiegend elektronisch („per Mausclick“) ...“.

Geld = Schulden, staatliches und nichtstaatliches Geld – Einbringlichkeit, vereinbarter Tauschwert - da findet sich nirgends ein materialistischer Begriff vom Wert, keine Unterscheidung unterschiedlicher Geldfunktionen als Wert- und Preismaßstab, als Zirkulationsmittel, Zahlungsmittel, zur Schatzbildung. Kein Begriff von Kapital, von fiktivem Kapital usw..

Es bleibt ein diffuser, flacher Geldbegriff der MMT, der „deskriptiv“ beschränkt ist auf Erscheinungsformen, auf die verkehrte, mystifizierte Oberfläche der kapitalistischen Ökonomie, fern jedes materialistischen Verständnisses vom untrennbaren Zusammenhang zwischen Ware, Wert und Geld. Man glaubt sozusagen auf dem Oberdeck das Schiff im Griff zu haben und hat keinen Zugang, will auch keinen haben, zum Maschinenraum des Kapitalismus, wo die Mehrwertproduktion als Quelle jeglichen Profits, das Wertgesetz herrschen, zwischen Ware und Geld ein unlösbarer Zusammenhang besteht.

Die Wertform der Ware, das Geld ist nämlich nach einer Jahrtausende langen Entwicklungsgeschichte entgegen dem platten MMT-Begriff der gesellschaftlich vermittelte Tauschwert der Ware als besondere (Doppel-) Existenz neben der Ware als Gebrauchswert. Wobei der Wert als Ausdruck der „abstrakten“, gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit im Kapitalismus seine nahezu umfassende Geltung erreicht hat.

Es gibt in der MMT kaum eine Problematisierung der Unterschiede zwischen Geld und Ka-

pital einerseits und ihren verschiedenen zinstragenden Anlageformen auf der anderen Seite. Der Unterschied zwischen Geld, Leihkapital und seinen diversen Anlageformen ist – wie in der übrigen bürgerlichen Volkswirtschaft – völlig unterbelichtet bzw. bleibt mit den Betrachtungen der oberflächlichen Erscheinungsformen des Geldes verborgen.

Wirtschaft ist nach der Definition Alex. Hofmanns (7) der *„Austausch von Gütern und Dienstleistungen (Realwirtschaft) und finanzielle Transaktionen (Darlehen; Finanzmarkt usf.“*). Dass die spezifische Produktionsweise des Kapitals (Produktion des Mehrwerts durch die Ware Arbeitskraft) mit dieser Definition überhaupt nicht berührt, geschweige denn problematisiert wird, ist sicher kein Zufall, eher kennzeichnend für die MMT (wohl nicht nur dem Umstand geschuldet, dass Hofmann als Banker heute das Geschäft einer amerikanischen Investmentbank für Deutschland, Österreich und die Schweiz leitet).

Für diejenigen, die angesichts der heutigen Schuldenlawinen zur Verzweiflung neigen, mögen die Kernsätze der MMT tröstlich klingen: *„Eine souveräne Regierung kann sich finanziell jede notwendige Ausgabe leisten“*, oder: *„... der Staat (kann) als Emittent des Geldes seine Verbindlichkeiten grundsätzlich jederzeit durch die Ausgabe weiteren Geldes begleichen ...“*. Und: *„Ein Staat, der seine eigene Währung ausgibt, ist grundsätzlich nie daran gehindert, „per Mausclick“ Geld zu schaffen.“* (7).

Durch den Euro haben die €-Staaten laut Hofmann die *„Maus an die EZB abgegeben“* und sich daher alle Übel wie *„chronische Massenarbeitslosigkeit, ... Öffnung der Einkommensschere, Vernachlässigung von Innovation und realer Produktivität als wirklich nachhaltige Wettbewerbsfaktoren“ eingehandelt* und auf lange Sicht eine *„europaweite Depression ...“*. Das mag so sein, ist aber keinesfalls nur der €-Währungskonzeption geschuldet, sondern einigen Grundeigenschaften des aktuellen Kapitalismus (und der trotz aller Harmoniebekundungen weiter wirkenden „nationalen Egoismen“ - sprich imperialistischen Interessen der europäischen Hauptakteure) ganz allgemein.

Die MMT ist sozusagen die abstrakte Konstruktion eines monetären Kreislauf-Perpetuum-Mobiles, wonach kapitalistische Volkswirtschaften bis zum St. Nimmerleinstag mittels Schöpfung von Geld („per Mausclick“ durch die Zentralbank) und seine Vernichtung (mittels Steuern) gelenkt werden könnten – krisenfrei, wenn das *„Intellektuelle Werkzeug“* der MMT *„zur dauerhaften Überwindung der Krise und zur Erneuerung der Demokratie“* - *„wann, wenn nicht jetzt“* genutzt wird (7).

..... Wäre das nicht richtig schön ?.

Soweit zunächst der kurze Einblick in die nicht besonders originelle Begriffswelt der MMT bzw. der „Pufendorf-Gesellschaft“.

Eine bürgerliche Kritik der MMT findet sich unter (14).

Geld = Schulden? - „New Left“

Geld gleichzusetzen mit Schulden – darin hat sich auch der amerikanische bekennende Anarchist und Vordenker der Blockupy-Bewegung mit seinem Buch „Schulden“ (15) versucht. *„Kredit-Theoretiker, auf die Graeber sich beruft und die ihre Arbeiten schon im 19. Jahrhundert veröffentlichten, gingen davon aus, dass Geld nur ein Mittel sei und zwar nur ein Rechnungsmittel. Geld, Währungseinheiten seien nur die Maßstäbe und gemessen mit diesen Maßstäben würden eben Schulden. Ein Klumpen Gold sei ein Schuldschein“* (16).

Man sieht, die Modern monetary Theory hat einerseits ältere Vorläufer und andererseits jüngere Ausläufer auch in „linken“ Kreisen. „Links“ ist hier allerdings ein äußerst irreführendes Etikett, besonders auch, was US-Amerikanische Ausprägungen betrifft. Beispielsweise stammten eine Reihe Neokonservativer ursprünglich z.T. aus „linken“ und trotzkistischen Zusammenhängen der „Old Left“ in den USA. Das waren linksliberale und sozialistische Befürworter des Zweiten Weltkrieges. In den vergangenen Jahrzehnten haben einige Vertreter und Epigonen der „Old left“ sich zu rigorosen Antikommunisten und Hardlinern der interventionistischen Außen- und Kriegspolitik der USA profiliert.

Heute spricht man von einer „New left“, wozu auch z.B. das Umfeld von Bernie Sanders in den USA zählt. Besonders die „Ikone“ der „linken“ Demokraten Alexandria Ocasio-Cortez fordert eine völlige Reorganisation der Wirtschaft rund um einen „Green New Deal“ und verbindet dies mit der MMT. Inzwischen leitet sie im Wahlkampfteam von Joe Biden eine „Task-force-Klimaschutz“ gemeinsam mit Ex-Außenminister John Kerry (Darmstädter Echo vom 03.06.20).

Die MMT bietet durchaus „soziale Komponenten“ und „ökologische“ - s. Green deal - die für Sozialdemokraten, „linke“ Reformisten und bürgerliche Klimabesorgte recht attraktiv sind – geradezu sirenenhaft: so sollen die Gewerkschaften gestärkt, Vollbeschäftigung ohne Inflation erreicht, umfangreiche Sozialprogramme finanziert werden, die Löhne und Lohnstückkosten deutlich steigen (womit auch die deutschen Exportüberschüsse und die Disparitäten in der EU gemeistert werden sollen), generell sollen die neoliberale Programmatik „zurückgedrängt“ und das Klima gerettet werden.

So meint der „Makroskop“-Autor Heiner Flassbeck außerdem: *„Dazu gehören sicher auch Steuererhöhungen für die Unternehmen, damit die unter Druck sind, sich zu verschulden, um Gewinne machen zu können. Wer sich das nicht zutraut, muss die zweite Variante wählen: Der Staat muss als Schuldenmacher in die Manege gebeten werden – und zwar für immer“* (17).

Hierbei wird der bürgerliche Staat als quasi klassenneutrale, von kapitalistischen Interessen und Gesetzmäßigkeiten der Profitmaximierung und Konkurrenz unabhängige, „makroskopisch“ zur Vernunft zu bringende Instanz betrachtet. Ganz oberflächlich-verharmlosend werden auch die tief verwurzelten, systemimmanent-imperialistischen, nationalen Eigeninteressen der nach wie vor trotz aller Harmoniebemühungen und -bekundungen konkurrierenden Staaten als mit dem Werkzeugkasten der MMT für überwindbar betrachtet. Angesichts der realen Macht- und Klassenverhältnisse eine völlig illusionäre, romantische „Sichtweise“.

Die MMT muss man wohl – salopp formuliert – als eine fiskalpolitisch voll durchgeknallte Version des Keynesianismus betrachten. Frei nach Marx kann man hinzufügen, dass „alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen ...“ „sich sozusagen zweimal ereignen“ ... das eine Mal (hier im Fall des Keynesianismus) als zeitweiliges Lebenselixier des Kapitalismus im vergangenen Jahrhundert - das andere Mal (im Fall der MMT) - als ideologische Farce, mit der man sich vormacht, die wachsenden Schwierigkeiten, die der *„prozessierende Widerspruch“* des Kapitals (s.u.) nach sich zieht, unter einen „empirisch-geldtheoretischen“ Teppich kehren zu können.

Es ist allerdings nicht möglich, überzeugte MMT´ler mit der Marxschen Analyse zu beeindrucken. Darin unterscheiden sie sich nicht vom Mainstream der bürgerlichen VWL. Mit einer quasi sektenhaften Selbstimmunisierung glauben sie, Marx erledigt zu haben, auch weil der seinen Geldbegriff auf der Konvertibilität mit Gold begründet habe.

Die MMT sieht sich als „politisch neutrale“ allerdings radikale Alternative zum „angebotsorientierten“ Mainstream der Volkswirtschaftslehre. Man beansprucht ein *„Denken in makroökonomischen Kategorien“* und eine *„Betonung fiskalischer Politik über monetäre Politik“*

A propos: Verschuldung der Unternehmen

H. Flassbeck (31) stellt mithilfe seiner „einfachen logischen Schritte“ fest: *„... die traditionelle Rollenverteilung, bei der die privaten Haushalte aus Vorsorgegründen sparen und die Unternehmen die Schulden machen, die das Sparen überhaupt ermöglichen, nicht*

mehr existiert.“ Daher müsse der Staat „die Rolle des Schuldners übernehmen“, „solange man keine politischen Instrumente habe (oder einsetzen wolle) um die Unternehmen wieder in die Rolle des Schuldners zurückzudrängen.“

Dazu ist folgendes anzumerken:

1) Die zusammengefassten Schulden von Bund, Ländern, Gemeinden, gesetzlicher Sozialversicherung und Sondervermögen des Bundes stiegen laut Wikipedia seit den 80-iger Jahren kontinuierlich, erreichten 1995 1 Bio. €, 2010 2 Bio. € und werden 2020 mindestens 2,5 Bio. € überschreiten („Statista“). Der Staat hat also schon längst eine wesentliche „Rolle des Schuldners“ übernommen.

2) Bei der Unternehmensverschuldung gab es zunächst ein durchwachsendes Bild:

„Die Verschuldung der deutschen Unternehmen ist in vielen Fällen nicht besorgniserregend. Das zeigt eine Untersuchung der Creditreform Wirtschaftsforschung auf Basis von rund 8.600 Unternehmensbilanzen aus dem Jahr 2017. Demnach besitzt fast jedes zweite Unternehmen (46,5 Prozent) sogar mehr Eigen- als Fremdkapital (Verschuldungsgrad kleiner als 1). Bei weiteren 17,9 Prozent der Unternehmen ist das Verhältnis von Fremdkapital und Eigenkapital noch angemessen. Hier sind die Schulden höchstens doppelt so hoch wie die Eigenmittel. Gut jedem zehnten Unternehmen (10,6 Prozent) muss aber ein kritisch hoher Verschuldungsgrad attestiert werden (2009: 15,8 Prozent). Diese Unternehmen haben ihre Vermögenswerte zu einem Großteil mit Fremdkapital finanziert. Nur bei stabil hohen Erträgen kann der Schuldendienst bedient werden“ (32).

„Trotz der verschlechterten Wachstumsaussichten haben zwei Drittel der DAX-Unternehmen ihre Schulden im vergangenen Jahr weiter erhöht. Aufgrund der neuen Bilanzregel IFRS 16, die 2019 in Kraft tritt, steigt die Verschuldung bei einigen Firmen im laufenden Jahr teils deutlich.“ (33 – Diese Quelle beinhaltet eine Tabelle mit den Schuldenquoten der Dax-Konzerne).

3) Warum trotz der „Politik des billigen Geldes“, Niedrigstzins und „Quantitative Easing“ es nicht klappt, die „Pferde zum Saufen zu bringen“, d.h. die Unternehmen stärker „in die Rolle des Schuldners“ zu drängen, sprich dass sie schuldenfinanziert mehr investieren und warum trotz alledem die Kapazitätsauslastung niedrig ist, bleibt einem „saldenmechanischen“ Röhrenblick verborgen. Die Gründe werden in den nachfolgenden Kapiteln grob umrissen.

4) *„Im Nachgang der Finanzkrise 2008/09 haben die Zentralbanken die Kapitalmärkte mit billiger Liquidität geflutet. Die Folgen sind ... auch in den Konzernbilanzen zu erkennen, die ... mit deutlich mehr Fremdkapital beladen wurden ... Dies schlägt sich im Verhältnis zwischen Neuverschuldung und Ebitda (Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Amortisation) nieder. Bei börsengelisteden US-Unternehmen ist die Kenngröße ... auf ein langjähriges Hoch geklettert ...“ ...“Die Unternehmensschulden sind der neue wunde Punkt des Finanzsystems“ (18).*

Kapitalismus wie immer?

Dass auch der Kapitalismus eine Produktionsweise von unumkehrbar historischem Verlauf ist, wird in der MMT völlig ignoriert, insbesondere auch die fortlaufende Veränderung der Zusammensetzung des Kapitals (Marx), d.h. des Verhältnisses zwischen Produktionsmitteln und menschlicher Arbeitskraft. Dabei ist unübersehbar, dass bei wachsender Produktivität mit immer höherem Aufwand an „konstantem Kapital“ (insbesondere Maschinerie, Großinvestitionen, Automatisierung) und relativ abnehmendem Einsatz menschlicher Arbeitskraft eine wachsende Warenflut produziert wird. („Mit relativ immer weniger Menschen werden immer mehr Waren produziert“). Die Auswirkungen dieses Prozesses hat Marx mit dem „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ beschrieben (19). Bereits 1858 hat er sich in den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ folgendermaßen geäußert:

*„Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch [dadurch], daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. Es vermindert die Arbeitszeit daher in der Form der notwendigen *), um sie zu vermehren in der Form der überflüssigen **); setzt daher die überflüssige in wachsendem Maß als Bedingung - question de vie et de mort - für die notwendige. Nach der einen Seite hin ruft es also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der andren Seite will es die so geschaffenen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten.“* (MEW 42, S. 601-602)

*) „Notwendige Arbeitszeit“ entspricht der gesellschaftlichen Arbeitszeit, die Arbeiter für ihren Lebensstandard (Ernährung, Kleidung, Wohnen, Kindererziehung usw. bis zur Rente) benötigen = „variables Kapital“.

**) „Überflüssige Arbeitszeit = Mehrarbeitszeit, die Arbeiter unbezahlt für die Kapitalisten leisten → Mehrwert.

Der Versuch einer vereinfachten Darstellung des „Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate“ und seiner heutigen Wirkung findet sich als Anhang. Unter (19) findet man den Text aus dem 3. Band des Kapital (13., 14. und 15. Kapitel). Marx hat dazu bemerkt: *„Es ist dies in jeder Beziehung das wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie und das wesentlichste, um die schwierigsten Verhältnisse zu verstehn. Es ist vom historischen Standpunkt aus das wichtigste Gesetz. Es ist ein Gesetz, das trotz seiner Einfachheit bisher nie begriffen und noch weniger bewußt ausgesprochen worden ist“* (20). (Die Zitate werden nicht aufgeführt, nur weil sie vom „unfehlbaren Propheten“ Karl M. stammen, sondern weil sie nach wie vor hilfreich sind, die komplexe Wirklichkeit des Kapitalismus zu verstehen.)

Symptome des tendenziellen Falls der Profitrate stellen sich heute folgendermaßen dar: Ungeheure Warenfluten mitsamt ihren Abfallprodukten hauptsächlich konzentriert auf die kapitalistischen Metropolländer überschwemmen den Globus. Durch wachsende Produktivität, immer mehr Technik, Maschinerie, Automatisierung, Digitalisierung usw. ist in den einzelnen Produkten generell immer weniger an menschlicher Arbeitszeit materialisiert. Die Konsequenzen werden in den nachfolgenden Kapiteln angesprochen, insbesondere unter „Destruktive Produktion“.

Strukturelle Überakkumulation

Unter dem Kapitel „Der tendenzielle Fall der Profitrate“ schrieb Stephan Krüger 2010 (8) einen 20 Seiten langen Abschnitt (Bd.1,S. 443-463) zur „*Ablösung der beschleunigten Akkumulation durch eine strukturelle Überproduktion*“: Er beginnt mit der folgenden Feststellung:

„Die langfristig beschleunigte Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals bildet als Bewegungsform des immanenten Widerspruchs der Produktion von Mehrwert die „normale“ und zugleich prosperierende Entwicklungsform der kapitalistischen Produktionsweise. Als solche Bewegungsform enthält sie aber zugleich widersprüchliche und konfligierende Entwicklungsmomente, die dazu führen, dass diese beschleunigte Kapitalakkumulation kein infiniter Prozess ist und die kapitalistische Produktionsweise keinen endlosen prosperierenden Entwicklungsweg beinhaltet. Wir haben bereits gezeigt, dass diese langfristig beschleunigte Kapitalakkumulation nach und nach ihre Dynamik verliert und wegen eben des immanenten Widerspruchs der Mehrwertproduktion (siehe das Marx-Zitat auf S. 14 im vorstehenden Kapitel) in eine Überakkumulationssituation mündet.“

Krüger analysiert eingehend die „Zwieschlächtigkeit“ des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, wonach dieser (tendenzielle) Fall in der Phase der beschleunigten Akkumulation begleitet und kompensiert wird von einem langfristig absoluten Anstieg der Profitmasse. Die damit folgende Überakkumulation bedeutet nach Krüger eine „*Umkehrung der Beziehung zwischen Akkumulationsrate und Profitratenfall*“ (Bd.1,S.444), d.h. dies „*zeigt sich gesamtwirtschaftlich darin, dass zu viel Kapital im Verhältnis zu seiner Verwertung akkumuliert ist*“.

„Der charakteristische Zusammenhang von Fall der Rate und Wachstum der Masse des Profits als zwieschlächtiger Ausdruck der gesamtwirtschaftlich beschleunigten Kapitalakkumulation ist ... bis Mitte der 1970er Jahre geradezu in klassischer Weise gegeben. Für die anschließende Überakkumulationssituation ist demgegenüber herauszustellen, dass

sich sowohl die Profitmasse als auch die Profitrate – jeweils auf niedrigem Niveau – stabilisieren können“ (S.465).

Ferner (S.445): *„Es muss hier hervorgehoben werden, dass die aufgewiesene Disproportion zwischen akkumuliertem Kapital und den Disributionsverhältnissen als langfristig gewachsenes Phänomen, im geraden Gegensatz zu den zyklischen Disproportionen nicht auf einem Verteilungsproblem, sondern auf einem produktionsstrukturellen Problem beruht – wiewohl es auch als Verteilungsproblem erscheint.“* (Dies muss man besonders Keynesianern und MMT-Anhängern ins Stammbuch schreiben).

Nach einer eingehenden Betrachtung der *„Labilen Konstellationen auf den Weltmärkten in der strukturellen Überakkumulation von Kapital nach der Weltwirtschaftskrise 1974/75“* (ab S. 843) kommt Krüger am Beispiel Japans zur Feststellung (auf S.873):

„Die japanische Überakkumulation von Kapital, das sich auf die zinstragenden Anlageformen wirft und nach dem Zusammenbruch der spekulativen Blase an den Finanz- und Immobilienmärkten die reproduktive Akkumulation in eine Deflationssituation stürzt, ist in gewisser Weise die Verwegnahme einer Entwicklung, die in den USA – sowie nachgeordnet und in geringerer Intensität in einigen westeuropäischen Staaten (Großbritannien, Irland, Spanien) im IX. Zyklus (1994-2001) und im X. Zyklus (ab 2002) in größerem Ausmaß nachvollzogen wird und im Beinahe-Kollaps der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise ihren – vorläufigen – Abschluss findet.

In einem weiteren Band Krügers *„Politische Ökonomie des Geldes“* (8, Bd.3) konstatiert er, dass die strukturelle Überkkumulation eine *„stofflich vermehrte Akkumulation von Gebrauchswerten ... (einschließt), ... die jedoch keine Zunahme der produktiven Beschäftigung im gesamtwirtschaftlichen Umfang mehr ermöglicht.“*

Diese lediglich sehr bruchstückhaften Zitate und Hinweise auf die sehr umfangreichen Darstellungen Krügers sollen nur zu den nachfolgenden Fragen überleiten.

Inflation oder Deflation?

Die ganze „Bandbreite“ bürgerlicher Volkswirtschaftslehre(n), wird deutlich, wenn einerseits konservative Experten und pro-marktwirtschaftliche Crash-Propheten eine Inflation aufgrund der „Gelddruckerei“ vorhersagen und auf der anderen Seite von spätkeynesianischen Protagonisten und Anhängern der MMT das Gegenteil, das Gespenst der Deflation an die Wand gemalt wird. Was soll man da glauben?

Derzeit kann man allerdings von einer **Vermögenspreisinflation** sprechen. Seit der Subprime-Krise verdoppelte sich der Wert von Aktien, Edelmetall, Immobilien, Oldtimern, Kunstobjekten. Hier ist ein großer Teil Liquidität zum Großteil in Blasenform gelandet, die die Zentralbanken ausgeschüttet haben.

Die „säkulare Inflation“

Zu unterscheiden ist zunächst einmal zwischen Teuerungen bzw. kurzfristigen bis galoppierenden Geldentwertungen und einer „säkularen Inflation“. Geradezu ein Loblied auf diese säkulare (auch *"institutionalisierte"*, *"schleichende"*, *"institutionell gesicherte"*, *"unverzichtbare"*) Inflation stammt von dem 1969 verstorbenen Links-Keynesianer Werner Hofmann unter dem Titel „Die säkulare Inflation“ (21). Er meinte: *„Den Geldhebel planvoll an den Wirtschaftsprozeß anzusetzen“ (... durch Vergrößerung kreditfinanzierter Ausgaben, durch Geldschöpfung, Einwurf neuer Zirkulationsmittel in den Kreislauf...) ist das bedeutungsvolle neue Programm geworden, das sich an den Namen von Keynes geheftet hat.“* Und: *„Die Inflation ... liefert unter den obwaltenden Umständen die notwendige Bedingung dafür, dass der Wirtschaftsprozess überhaupt weitergeht ...“.* Tatsächlich hat der Keynesianismus unbestreitbar die Wiederbelebung des Kapitalismus nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 begleitet. So glaubte Hofmann wohl, eine *„permanente Prosperität“* sei zu erreichen, auch, den *"Schlüssel"* zur Vermeidung bzw. Entschärfung von Krisen durch öffentliche Aufträge (bis hin zu *"Wehrlasten jeder Art"* !!) ausgemacht zu haben. Allerdings räumt er ein, dass die Keynesische Revolution *„vom Typus der "konservativen Revolution" sei.* Und er fügt hinzu, dass eine *"konservative Revolution" ... „die Probleme nicht löst, sondern verschiebt“.* Was nach der Verschiebung ansteht, wäre eine gute Frage gewesen, auf die er jedoch nicht eingegangen ist.

Teuerung, galoppierende Inflation

Teuerungen in vorkapitalistischen Gesellschaften wurden als Strafen Gottes oder Verschwörungen teuflischer Mächte betrachtet. Materialistisch sind sie folgendermaßen zu erklären: Zu Teuerungen kam es, wenn sich der Wert, d.h. der Arbeitsaufwand zur Gewinnung des „allgemeinen Äquivalents“ in Form von Edelmetall (Gold, Silber, Kupfer, - Geld) durch wesentlich verbesserte Abbaumethoden, aber auch durch Eroberung und Plünderung fremder Länder verbilligt hatte, der Aufwand zur Herstellung der übrigen Waren aber unverändert geblieben war. Um äquivalente Warenwerte einzutauschen, musste entsprechend mehr an Geld (Rechengeld) gezahlt werden.

In modernen kapitalistisch / imperialistischen Zeiten kam und kommt es in verschiedenen Ländern immer wieder zu Inflationen und Hyperinflationen. Von Deutschland zu Anfang der 20-er Jahre über Zimbabwe (22) bis Venezuela (23) gibt es eine ganze Reihe von Beispielen. Generell erklären sich diese Inflationen aus einem Einschumpfen bis hin zum Zusammenbruch bzw. der Zerstörung von Produktionskapazitäten, Verlusten durch Krisen, Kriege, Bürgerkriege, Sanktionen, Verlust „internationaler Bonität“, Zusammenbruch von Kapital- und Warenimporten bis hin zur Emigration größerer Teile der Bevölkerung.

Destruktive Produktion

Mit der durch ständige Produktivitätssteigerung ungeheuer gewachsenen Warenflut, in der generell immer weniger menschliche Arbeitszeit kristallisiert ist, werden die Waren relativ immer billiger. Zugleich wird auch die Ware Arbeitskraft immer billiger, da diese sich mit den „wohlfeileren“ Waren reproduziert, d.h. die sinkenden Warenwerte gehen einher mit relativ sinkenden Löhnen (was mehr oder weniger nominal durch die gleichzeitige säkulare Inflation überdeckt, vor allem auch durch erfolgreiche Lohnkämpfe zeitweise konterkariert wird).

Die Frage, was wie produziert wird, bestimmt sich im Wesentlichen durch die „privaten“ Profitinteressen im Rahmen der Marktwirtschaft. Für die MMT geht es in erster Linie darum, „Ersparnis in Investitionen“ zu transformieren, um das Problem der „Nachfragerlücke“ zu lösen, indem sich die Unternehmenssektoren kräftig verschulden. Wenn das nicht funktioniert, muss gemäß Flassbeck „logischerweise“ der Staat eingreifen (17). Wie das wiederum im wirklichen Leben mit Risiken und Nebenwirkungen funktioniert, von denen die MMT weitgehend keinen Begriff hat, dazu nachfolgend mehr.

Die reichen kapitalistischen Länder leben (paradoxe Weise) bei gleichzeitig wachsender sozialer Ungleichheit und zunehmender Armut in einer Überfluss- bzw. Wegwerfökonomie. Einerseits verbreiteter Luxuskonsum, andererseits sind große Teile der Bevölkerung notgedrungen auf minderwertige Schrottprodukte, Ernährung aus Massentierhaltung und nicht nachhaltiger Landwirtschaft, auf Billigtextilien usw. bis zu Ramschmärkten und letztlich Tafeln angewiesen, welche letztere wiederum nur vom Aussortierten und Verfallenen der subventionierten Lebensmittel-Überflussproduktion existieren. Ein Blick in die Werbeprospekte, Auslagen der Supermarktketten und Kataloge der Online-Giganten zeigt überquellende Massen an Billigprodukten, schier unendliche Varianten von immer billigeren Elektro- und Elektronikgeräten, Möbeln, Hausrat, Billigtextilien usw. bis zum

Billigfleisch aus gigantischen Schlachtfabriken mit extremer Ausbeutung von Wanderarbeitern und widerwärtigster Massentierhaltung. Als der Corona-lockdown mit millionenfacher Kurzarbeit begann, war die Müllabfuhr überlastet und vor den Müllverbrennungsanlagen bildeten sich hunderte Meter lange Schlangen, weil viele Leute endlich Zeit fanden, ihre vom Überkonsum überquellenden Wohnungen, Keller und Garagen auszumisten. Durch Stadtstraßen und Autobahnen wälzt sich eine endlose Blechlawine, die Siedlungen sind bis in die letzten Winkel vollgeparkt mit „ruhendem Verkehr“. Papier- und Plastikmüll erreicht mit dem Online-Handel Rekordmengen usw. usf. Viele Produkte „müssen“ in kurzen Zeitabständen durch ständig „neue“ Versionen ersetzt werden. Das gilt für Autos, für Smartphones, Turnschuhe etc.pp. Durch künstliche Verkürzung der Lebensdauer ("geplante Obsoleszenz") werden Neukäufe erzwungen

Quer über alle Branchen hinweg lassen sich Produktionszweige und Produktlinien identifizieren, die bei kritischer Besinnung mehr oder weniger „eigentlich kein Mensch braucht“ und die vor allem nicht nachhaltig sind, umwelt- und gesundheitsschädlich bis im Ernstfall tödlich. Solche Dinge – angefangen mit der Rüstungsproduktion – über alle Branchen hinweg detailliert aufzuführen, könnte ein dickes Buch füllen (sicher gibt es dazu bereits eine ganze Bibliothek spezifischer Literatur). Daher nur stichwortartig 3 Beispiele:

- Die Hochrüstung des Automobils – immer dicker, schwerer, PS-stärker bis hin zu SUV-Imponierpanzern, mit immer mehr digitaler Technik, komplexen Assistenzsystemen letztlich in Richtung der „Vision“ des autonomen Fahrens; die krampfhaft subventionierte Elektromobilität (34) und die „Computerisierung“ des Autos erscheinen als technologische Sackgassen, mit der der alles andere als nachhaltige Individualverkehr mit seiner „Schlüsselindustrie“ unvermindert über die Runden gerettet werden soll.
- Die Kreuzfahrtindustrie, deren sprunghaft gewachsene Flotte mit immer riesigeren Traumschiffen beispielsweise das Mittelmeer durchpflügt, während quasi in den Kielwassern die Flüchtlinge ertrinken;
- Die Pharma- und Nahrungsergänzungsmittel-Industrie mit unendlichen Massen an mittlerweile überwiegend nutzlosen Produkten und Mitteln, die mit einem ungeheuren Werbeaufwand vermarktet werden.

Es widerspricht jeder „Logik“, wenn als Ausweg behauptet wird, all diese Probleme könnten mit mehr Investitionen durch immer mehr Verschuldung von Unternehmen und des Staates „gelöst“ werden, auch indem man mittels staatlicher Profitgarantien „private Investoren ins Boot holt“. Im Gegenteil, auch wenn an manchen Stellen „das Schlimmste“ eingedämmt wird, sich mit Reformen und Alternativen Profite machen lassen, werden die Probleme damit generell nur verlängert und verschärft.

Deflation?

Einerseits wird menschliche Arbeit durch immer mehr Technik (konstantes Kapital) ersetzt, die Produktivität, Überproduktion und Überkapazitäten per Kredit gesteigert, andererseits werden auch große Warenmassen aus Billiglohnländern (im ungleichen Austausch mit hochwertigen Industrieprodukten, Fahrzeugen, Maschinen etc.) importiert, obwohl auch dort die Automatisierung voranschreitet. Die massenhaft überproduzierten billigen Waren erlauben ein relativ niedriges Lohnniveau, entsprechend den relativ niedrigen Lebenshaltungskosten.

Es sind einerseits die Beschränktheit der Konsumption durch gedrückte Löhne, andererseits die überproduzierten Warenmassen, die nach wie vor immer wieder zu Krisen auf wachsender Stufenleiter führen. Vereinfacht erklärt sich so, dass derzeit eine Voraussetzung für eine relevante Inflation – ein knappes, gar eingebrochenes Warenangebot – jedenfalls in den entwickelten kapitalistischen Ländern weit und breit fehlt. Im Gegenteil – mit der Krise, einer „Kaufzurückhaltung“ bei wachsender Unterbeschäftigung, Überkapazitäten und anhaltender Überproduktion ist Deflation angesagt. Die Voraussetzungen einer galoppierenden Inflation treffen also auf die meisten entwickelten Industrieländer heute (bislang jedenfalls) in der weiter oben genannten Form nicht zu.

Spätestens seit der Subprime-Krise kämpfen z.B. die japanische Zentralbank und die EZB gegen deflationäre Entwicklungen bzw. im Fall der EZB um die Erreichung eines „Inflationsziels“ von 2%, das wie das Vorwärtslocken des Esels mit der vorgehaltenen Karotte anmutet.

Die zur Deflation führenden Ursachen und Zusammenhänge für hochentwickelte Industrieländer sind in den vorstehenden Kapiteln vor dem Hintergrund des „Gesetzes vom Tendenziellen Fall der Profitrate“ und der „strukturellen Überakkumulation“ angedeutet. Auf alle Fälle widerlegt dies die Theoreme vom einfachen Mechanismus zwischen Warenangebot und Geldmenge, der bei „zu viel (gedrucktem)“ Geld zwangsläufig eine Inflation zur Folge haben müsste, wie einige konservative, pro-marktwirtschaftliche „Experten“ oder spekulierende Crash-Propheten meinen.

Was passiert mit den Schulden?

Sind sie – wenn sie nach der MMT bzw. „Makroskop“ (17) „nie zurückgezahlt“ werden – aus den Augen - aus dem Sinn, eingefroren, spielen keine Rolle mehr, sind weg bis zum St. Nimmerleinstag?

Alles andere als das!

Sinn der Schulden soll ja „eigentlich“ sein, die Wirtschaft, d.h. die Warenproduktion (mit den Mausklicks der Zentralbanken – laut MMT) „am Laufen zu halten“ indem „neues Wachstum generiert“, „in die Zukunft investiert wird“. Das ist aber eine bestimmte, eine kapitalistische Wirtschaft, in der im Zweifel stets der Profit der konkurrierenden Einzelkapitalien die erste Geige spielt. Was wie produziert wird, bestimmen die Unternehmen zuerst nach ihren Profitinteressen – sicherlich unter staatlichen Rahmenbedingungen, wobei der Staat sozusagen als „ideeller Gesamtkapitalist“ fungiert (wie dies oben unter „Bürgerliche Wirtschaftstheorie und -politik“ näher erläutert ist).

Staatsschulden, Kredite, Anleihen usw. sind also grundsätzlich unverzichtbar notwendig, diese Produktionsverhältnisse in ihrer krisenhaften historischen Dynamik aufrecht zu erhalten, wie wir sie derzeit besonders dramatisch erleben in der umfassenden Weltkrise, die mit Sicherheit nicht durch ständigen "Einwurf neuer Zirkulationsmittel" in den bestehenden destruktiven Kreislauf „gelöst“ werden kann.

Und gleichzeitig gilt besonders, dass sämtliche Schulden auch immer als „Vermögen“ der Gläubiger zählen. Geld in Gestalt von Kredit ist quasi Handels- und Spekulationsware – fiktiv dupliziert und vervielfacht - auf den immer weiter wachsenden Finanzmärkten. (so verkehrt ist die Welt des Kapitals). Die Gläubiger können ihre Titel individuell kaufen und wieder verkaufen und ziehen ihren Gewinn in Form von Zinsen aus dem Staatshaushalt bzw. Dividenden etc. aus dem Mehrwert, der in den (verschuldeten) Unternehmen erwirtschaftet wird - abgesehen von Spekulationsgewinnen. So gibt es mit den wachsenden Schuldenbergen eine immer zahlreichere Masse von „Vermögens“besitzern, Profiteuren arbeitsfreier Einkommen einschließlich der Spekulanten und Glücksritter der schier endlosen Saalfluchten des Finanzcasinos.

„Die Formen des leistungslosen Einkommens hatten (schon vor der Subprime-Krise) ein Mehrfaches der verteilbaren jährlichen Resultate der Realökonomie erreicht“ (18). Aus dem entsprechenden „leistungslosen“ Klientel rekrutiert sich ein wesentlicher Teil der herrschenden Klasse, unlösbar verwoben mit Industrie, Banken und Politik. Bei genauer Betrachtung dieser Zusammenhänge muss eigentlich klar sein, wie illusorisch die Erwartungen nach einer „solidarischen und fürs Klima nachhaltigen Lösung der Krise“ durch die herrschende Politik eines Wirtschaftssystems sind, das offenbar nur noch durch ein geldpolitisches Durchdrehen der Schuldenmühle aufrecht zu erhalten ist. Dies mit der Folge von Spekulationsblasen, Verzerrungen an den Kapitalmärkten, Vermögenspreisaufblähun-

gen Fehlallokationen und Moral Hazard. Dies maximiert auch die Einkommens- und Vermögensungleichheit.

Mehr als das, was an Profit in der produktiven Sphäre erzielt wird, kann letztlich nicht in der Finanzsphäre verteilt werden. Alles, was darüber hinaus geht, ist spekulativer Gewinn, der regelmäßig durch das Platzen entsprechender Blasen wieder vernichtet werden muss.

Die MMT lässt sich somit auch als maßgeschneiderte Ideologie dieser Klasse kennzeichnen, die Einkommen ohne eigene produktive Arbeit bezieht.

Beispiele: die Pläne der EU-Kommission

Siehe auch: (24)

Bemerkenswert sind der Euphemismus, die beschönigende, verhüllende Sprache, mit der die Pläne propagiert werden. Es geht dementsprechend natürlich um das „Wohl kommender Generationen“, einer „klimaneutralen, digitalisierten, sozialen und widerstandsfähigen Wirtschaft“, um die „Schaffung von Arbeitsplätzen“, um „die EU als starkem globalen Spieler der Zukunft“, um „Frieden und Sicherheit“ (im Klartext: imperialistische Kriegsrüstung), um eine „neue Wachstumsstrategie“ ... die „Verbesserung der Lebensqualität“, ... einen „grünen Aufschwung“, ... natürlich „gemeinsam und solidarisch“... mit den „Menschen im Mittelpunkt“ ...etc.pp. - schöner kann die Welt nicht werden.

A) Vom Juncker-Plan zu „InvestEU“ (25):

„Der Juncker-Plan („Investitionsoffensive für Europa“) verfolgt drei Ziele: finanzielle Ressourcen intelligenter einzusetzen, Investitionsprojekte in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und diese technisch zu unterstützen, Investitionshindernisse zu beseitigen und die unternehmerischen Rahmenbedingungen in der EU zu verbessern. Wichtigste Säule des Juncker-Plans ist der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSD). Er stellt der Europäischen Investitionsbank (EIB-Gruppe) eine Erstausfallbürgschaft aus dem EU-Haushalt zur Verfügung, durch die die EIB in mehr und häufig risikoreichere Projekte investieren kann. Das ursprüngliche Investitionsziel von 315 Mrd. EUR bis Mitte 2018 wurde deutlich vor der anvisierten Frist erreicht. Schon im April 2019 hatte der Juncker-Fonds 392,6 Mrd. EUR an zusätzlichen Investitionen mobilisiert und liegt damit auch mit Blick auf das neue Investitionsziel von 500 Mrd. EUR bis 2020 auf Kurs.“

„Aufbauend auf den Erfolg des Juncker-Plans soll InvestEU Investitionen, Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa weiter ankurbeln und im nächsten

langfristigen EU-Haushalt mindestens 650 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen freisetzen“ (26).

„Indem er eine Haushaltsgarantie bereitstellt, die private Investitionen mobilisieren soll ... „,

B) Der European Green Deal (27)

(*Europäischer Grüner Deal*) ist ein von der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen am 11. Dezember 2019 in die Welt gelächelte Plan mit einem Volumen von bis 2030 insgesamt einer Billion Euro mit dem angeblichen Ziel, bis 2050 in der EU die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf null zu reduzieren und somit als erster Kontinent klimaneutral zu werden (Wikipedia).

O-Ton der Leyen (wie schön!): *„Beim europäischen Grünen Deal, unserer Vision für ein klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050, stehen die Menschen im Mittelpunkt. Die Veränderungen, die vor uns liegen, haben bisher nicht gekannte Ausmaße. Dieser Wandel wird nur geschafft, wenn er gerecht ist – und für alle funktioniert. Wir werden die Menschen und Regionen in unserem Europa, die bei diesem Übergang mehr Anstrengung aufbieten müssen, unterstützen, damit niemand zurückgelassen wird“ ... „Der heute vorgestellte Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal, also der Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa, wird öffentliche Investitionen mobilisieren und dazu beitragen, durch die Finanzinstrumente der EU – insbesondere InvestEU – private Mittel freizusetzen, was zu Investitionen in Höhe von mindestens 1 Bio. € führen würde.“*

C) Der neue 750-Milliarden-Euro - „Corona-Wiederaufbauplan“ (28) und (29)

Dieser weitere Plan der EU-Kommission soll - wie schon der „Juncker-Plan“ von 2014 darauf hinauslaufen, mit Garantien aus dem EU-Haushalt per „Multiplikator-Effekt“ sogenannte private Investitionen profitabel zu machen. Finanziert werden soll das Programm über Schulden, die die EU-Kommission mit Hilfe von Garantien der EU-Staaten aufnehmen und dann zwischen 2028 und 2058 über den EU-Haushalt zurückzahlen will. Helfen sollen dabei nach dem Willen der EU-Kommission neue eigene Einnahmen für die EU aus Steuern und Abgaben, etwa eine Digitalsteuer oder eine Plastikabgabe. Die Corona-Krise erfordere heute Investitionen in beispiellosem Ausmaß, sagte von der Leyen bei der Präsentation des Plans im Europaparlament, ... die das Programm "Next Generation EU" taufte. Sie rechnete vor, dass mit früheren Beschlüssen und ihrem Konzept insgesamt 2,4 Billionen Euro mobilisiert werden könnten. Wiederaufbauplan und der Haushaltsrahmen wä-

ren zusammen 1,85 Billionen Euro. Hinzu käme das bereits beschlossene Paket an Kredit-hilfen für Kurzarbeiter, Unternehmen und Gesundheitskosten der EU-Staaten im Umfang von 540 Milliarden Euro.

Schulden mit steuersubventionierten Renditen für „private Investoren“

Es ist klar, dass das gesamte Kapital und seine staatlichen Verwalter, nicht nur die „größten Finanzkonzerne der Welt“ etc. längst gezwungen sind, sich strategisch den „Herausforderungen“ des Klimawandels wie auch der Endlichkeit fossiler Ressourcen (z.B. dem „Peak oil“) stellen müssen. Selbst die Bundeswehr rechnet damit (30).

Um anhaltend Profite zu generieren, müssen sie sich allerdings bei weitem nicht nur dem „Rückbau der Wirtschaft mit fossilen Brennstoffen“ widmen, sondern sie müssen parallel dazu alle „klassischen“ Eisen im Feuer halten. Dazu gehört kaum gebremst, eher intensivi-ert, die Wirtschaft mit fossilen Brennstoffen. (So dient die krampfhaft Subventionierung von Elektroautos dem Ziel, durch „Flottenmix“ die EU-Grenzwerte einzuhalten, damit die Produktion von „Verbrennern“ weiter florieren kann.)

Wieweit und wie sich die schwindelerregenden Summen in unterschiedlichen Zeiträumen tatsächlich „umsetzen“ lassen, hängt auch entscheidend von den bevorstehenden EU-Haushaltsberatungen ab, die von stark divergierenden Interessen geprägt und durch die aktuelle Krise, die wachsenden Disparitäten, dem Brexit etc. weiter verkompliziert sind.

Mit all den Plänen sorgt die EU-Kommission dafür, dass bei Investitionsprojekten, Klimawandel und Krisenbewältigung das Finanzkapital („private Investoren“) nicht zu kurz kommt und mit subventionierten Renditen auf Kosten der Steuerzahler profitable Anlagefelder eröffnet werden. „Klimaneutralität“ bzw. Krisenrettung werden damit zu Goldeseln für Finanzinvestoren.

Der weitläufige Lobbyistensumpf in Brüssel, das Dickicht an Bürokratie, nationalen Sonderinteressen, „Fehlallokationen“ bis hin zu notorischer Korruption werden ein übriges tun, dass bestehende Kapitalinteressen und die Bedürfnisse des Finanzcasinos gewahrt bleiben.

Fazit zur MMT

Diametral entgegen dem Mantra der MMT, dass die Verschuldung grundsätzlich „kein Problem“ sei, muss folgendes festgestellt werden:

- Mit gigantischen Verschuldungsschüben wird versucht, die kapitalistische Produktionsweise mit all ihren immer destruktiveren Begeiterscheinungen über die Krisenrunden zu „retten“. Die MMT liefert dazu ein scheinbar passendes Rezept – im Extrem: *„Wir können weder die Corona-Schulden noch irgendwelche anderen Schulden zurückzahlen“* (H.Flassbeck - 17).
- Da kapitalistische Krisen zyklisch immer wieder in Abständen von (+/-) 10 Jahren auftreten, muss über Jahrzehnte mit weiter sich astronomisch aufsummierendem Rettungsbedarf gerechnet werden. Wie sich in Folge der Subprime-Krise 2008/09 gezeigt hat, werden mit den wachsenden Schuldenpaketen die mit Sicherheit kommenden Nachfolgekrisen nur befeuert.
- Mit ihrem „deskriptiven“ Geldbegriff, mit dem Geld aus Schulden erklärt, zusammen mit dem Wertgesetz der unlösbare Zusammenhang von Ware, Wert und Geld geleugnet werden, liegt der MMT ein außerhalb des Wertes liegendes Surrogat als Wertmaßstab zugrunde.
- Die MMT ist die abstrakte Konstruktion eines monetären Kreislauf-Perpetuum-Mobiles, wonach eine Volkswirtschaft – geschichtslos, krisenfrei und frei von Risiken und Nebenwirkungen – mittels Schöpfung von Geld „per Mausclick“ durch die Zentralbank und dessen Vernichtung mittels Steuern - gelenkt werden kann.
- Zu den Risiken und Nebenwirkungen zählt das parasitäre Finanzcasino, dem mit immer neuen Schulden nur neue Berge an Spielgeld eingeschleust werden mit allen Risiken platzender Blasen.
- Entgegen den Ansagen der MMT, bei dauerhaft steigenden Staatsschuldenständen seien die „Nachfragelücke“ zu schließen, Lohnzuwächse möglich, machen die Gesetze der Profitmaximierung und der Konkurrenz, letztlich das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ einen Strich durch diese Rechnung.
- Die „Modern Monetary Theory“ ist alles in allem eine zutiefst reaktionäre pro-kapitalistische Ideologie, insbesondere auch maßgeschneidert für die Finanzindustrie und im Interesse all derjenigen, die Finanzeinkommen ohne eigene produktive Arbeit beziehen.

- Offensichtlich gehen die DGB-Gewerkschaften, maßgebliche Teile der Linkspartei, der Klima- und Umweltbewegung mehr oder weniger - bewusst oder unbewusst - der MMT auf den Leim, je weniger sie die kapitalistische Produktionsweise kritisieren.
- Je nach Fortdauer und Vertiefung dieser Weltkrise, auch der unvermeidlich nachfolgenden Krisen werden sich die Geister scheiden an der Frage: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei.

Wo bleibt das Positive?

Das ist ein riesiges Kapitel der Zukunft, das die von der Barbarei Betroffenen (besonders alle, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben) schreiben müssen und können, wenn sie aus den Träumen des „green deal“, einer angeblich sozialen oder gar „sozialistischen Marktwirtschaft“, eines friedlichen Imperialismus oder einer „solidarischen Lösung“ der Krisen herausgerissen werden.

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei – zu dieser Alternative findet man in einem altbekannten Text unter der Überschrift *„Bourgeois und Proletarier“* die Formulierung aus historischer Erfahrung: *„...Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.“*

Sozialismus kann grundsätzlich nur bedeuten: Sturz der herrschenden Klasse (s. „Staat und Revolution“), Aufhebung des Privateigentums in Form der kapitalistischen Verfügung über die wesentlichen Produktionsmittel und Aufhebung bzw. zunächst systematisches Zurückdrängen der Warenproduktion und der kapitalistischen Gesetze des Warenaustauschs, demokratisch organisierte Planung, wie und was wo nach den Bedürfnissen der Gesellschaft produziert wird.

Quellen

- (1) <https://www.boerse-am-sonntag.de/aktien/markt-im-fokus/artikel/250-billionen-schulden-weltweit-auf-rekordniveau.html> vom 21.11.2019
 - (2) <https://www.private-banking-magazin.de/globale-staatsverschuldung-sp-progostiziert> vom 24.02.2020
 - (3) <https://www.querschuesse.de/usa-haushaltsdaten-april-2020/>
 - (4) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1975/umfrage/staatsverschuldung-der-usa/>
 - (5) Darmstädter Echo vom 30.05.20
 - (6) <https://www.querschuesse.de/ueber-5000-mrd-dollar-zb-stimulus/>
 - (7) Alex. Hofmann, „Grundbegriffe einer empirischen Geldtheorie“: https://4bfe5963-7cd1-4883-bc2e-7250f4f36d8b.filesusr.com/ugd/072554_3ef63e43a805432ba025fce8530ea4a9.pdf
 - (8) Stephan Krüger „Kritik der politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse“;
 Band 1: „Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation“ (2010, rd. 1000 Seiten);
 Band 2: „Politische Ökonomie des Geldes (2012, rd. 600 Seiten) und
 Band 3 „Wirtschaftspolitik und Sozialismus“ (2016, rund 550 Seiten),
 alle im VSA-Verlag erschienen.
- Krüger bietet sozusagen eine äußerst differenzierte bis in feinste Strukturen und Zusammenhänge vordringende Sektion des Kapitalismus auf der Grundlage marxistischer Kategorien. Er leugnet jedoch die geschichtsphilosophischen Dimensionen des Marxismus, negiert den revolutionären Marx. Er verliert sich schließlich in illusionären Verstellungen einer „sozialistischen Marktwirtschaft“, einer „Sozialisierung des Weltmarktdemiurgen“. Seine radikalste Idee zur „Konkretisierung einer Vision einer sozialistischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert“ lässt sich so zitieren: „Relativierung der Dominanz kapitalistischer Produktionsverhältnisse“ Oder : „Dieser Prozess kann unter heutigen Bedingungen nur als schrittweiser Umgestaltungsprozess von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat begriffen werden“. Auch den Imperialismusbegriff als umfassende politökonomische Kategorie hält er für „nicht mehr adäquat“.
- (9) Winfried Wolf „Die neue Weltwirtschaftskrise ...“ (https://www.nachdenkseiten.de/?page_id=47542)
 - (10) <https://oxiblog.de/wer-spart-der-waechst-oder/>
 - (11) Heiner Flassbeck, <https://makroskop.eu/2020/05/corona-das-grosse-schweigen-der-deutschen-oekonomen/>
 - (12) DGB-Klartext: „Schulden nicht überhastet abbauen!“ <https://www.dgb.de/themen/+co++a7a57522-b204-11ea-95af-001a4a16011a>
 - (13) Paul Steinhardt, <https://makroskop.eu/2019/11/das-elend-der-marxistischen-oekonomik/>
 - (14) <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/6/beitrag/wie-revolutionaer-ist-die-modern-monetary-theory.html>
 - (15) David Graeber, „Schulden“, Klett-Cotta-Verlag, 2011
 - (16) Frithjof Rausch, Die Geschichte der Ware und des Geldes, Mai 2013, https://kommunistische-debatte.de/?page_id=2003
 - (17) <https://makroskop.eu/2020/05/wir-koennen-die-corona-schulden-nicht-zurueckzahlen/>
 - (18) Joachim Bischoff, „Tickende Zeitbombe Finanzmärkte“, vsa-Verlag 2019.
 - (19) http://www.mlwerke.de/me/me25/me25_221.htm (13.,14. und 15. Kapitel)

- (20) Marx-Engels-Werke, MEW 42, S. 641
- (21) Werner Hofmann, „Die säkulare Inflation“, 1962, Duncker&Humblot (antiquarisch)
- (22) https://www.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/prof-fuhrmann-vwl/Kommentare/Referate_Analysen/2018_Zu_Simbabwe.pdf
- (23) <https://gegenstandspunkt.com/artikel/venezuela>
- (24) <https://de.statista.com/infografik/18842/bestand-des-anleihekaufprogramms-der-ezb/>
- (25) https://ec.europa.eu/commission/strategy/priorities-2019-2024/jobs-growth-and-investment/investment-plan-europe_de
- (26) (https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/euco-sibiu-the-juncker-plan_de.pdf)
- (27) https://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/news/2020/01/14-01-2020-financing-the-green-transition-the-european-green-deal-investment-plan-and-just-transition-mechanism
- (28) <https://www.handelsblatt.com/dpa/politik-eu-kommission-750-milliarden-euro-fuer-wiederaufbauprogramm/25863670.html>: 27.05.20
- (29) <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-eu-hilfe-1.4919524> 27. Mai 2020
- (30) <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/140546/650f85c4df8085f948bdca8c9bac04c7/peakoil-data.pdf>
- (31) <https://makroskop.eu/2020/06/die-offene-gesellschaft-und-ihre-schweiger/>
- (32) <https://www.creditreform.com/news/news/news-list/details/news-detail/verschuldung-deutscher-unternehmen.html>
- (33) <https://www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/die-scheinriesen-welche-dax-konzerne-die-groessten-risiken-in-den-buechern-haben-1028256824/1>
- (34) <https://www.lunapark21.net/das-elektroauto-eine-sackgasse/>

(Auszug aus einem längeren Artikel „Der tendenzielle Fall der Profitrate und Imperialismus heute“)

Zum Tendenziellen Fall der Profitrate

Ein paar Fakten Konzentration

Gehen wir von ein paar Fakten der ökonomischen Entwicklung aus, denen wir tagtäglich begegnen: Die Konzentration im Einzelhandel z.B., das Lädensterben – es verschwinden immer weiter kleine Läden, Bäcker, Metzger etc.. Ein handwerklicher Bäcker muss für ein Vollkornbrötchen 60 cent verlangen, bei Lidl gibt's die für 30 cent. Das ist vor allem möglich, weil in jedem Lidl-Brötchen weniger Arbeitszeit materialisiert ist, als in den Bäcker-Brötchen. Das Sterben des kleinen Einzelhandels beschleunigt sich rasant durch die Ausbreitung der Discounter, der großen Einkaufszentren, der Ketten bis hin zum Onlinehandel mit Kraken wie Amazon an der Spitze.

Oder nehmen wir die Bauern. Allein seit 1975 sank die Zahl der Betriebe in der Landwirtschaft [7] von knapp 1 Mio auf heute weniger als 300.000. Trotzdem werden durch die ungeheure Produktivitätssteigerung der Agrar-Industrialisierung hohe Überschüsse produziert, die durch Dumpingexporte verschleudert werden.

Die REWE-Supermetzgerei Wilhelm Brandenburg [8] mit fast 1300 Beschäftigten beliefert auf der Basis von Massentierhaltung, Niedriglöhnen, durchrationalisierten Schlacht- und Produktionsanlagen 5.000 REWE,-Penny- und toom-Märkte jährlich mit 125.000 Tonnen Fleischwaren. Allein in den vergangenen 10 Jahren nahm die Zahl handwerklicher Metzgereien um 25% ab.

„Kapitalproduktivität“ – immer größere Kapitalmengen

Die Industrieproduktion zeichnet sich aus durch einen ständig steigenden Aufwand an modernster Maschinerie, Automaten, Robotern, minimiertem Personalaufwand und immer größeren Produktionsmengen. Geringeren Gewinnspannen (wie beim einzelnen Brötchen bei Lidl), d.h. geringeren Profitraten steht eine große Profitmasse durch die angeschwollene Menge an Produkten gegenüber.

Gleichzeitig sind zur Beschäftigung einer bestimmten Zahl von Arbeitskräften immer größere Kapitalmengen erforderlich, was auch die Kapitalkonzentration bis hin zur Monopolbildung forciert. Die BASF investiert 100 Millionen in eine neue Ibuprofen-Produktionsanlage für 50 Arbeitsplätze – pro Platz 2 Millionen €. [9].

Die „Kapitalproduktivität“ [10] – (s. nächste Seite) ist nach der bürgerlichen Volkswirtschaft das Verhältnis zwischen der Produktionsmenge einerseits und dem dafür erforderlichen Kapitalstock andererseits. Sie kann als Anzeichen (Indiz) zur Profitrate betrachtet werden.

Quellen:

[7] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36094/umfrage/landwirtschaft---anzahl-der-betriebe-in-deutschland/>

[8] <http://www.foodjobs.de/Firmenprofil-Wilhelm-Brandenburg> gehört zum REWE-Konzern

[9] <http://www.rheinpfalz.de/lokal/artikel/basf-baut-grosse-ibuprofen-fabrik-in-ludwigshafen/>

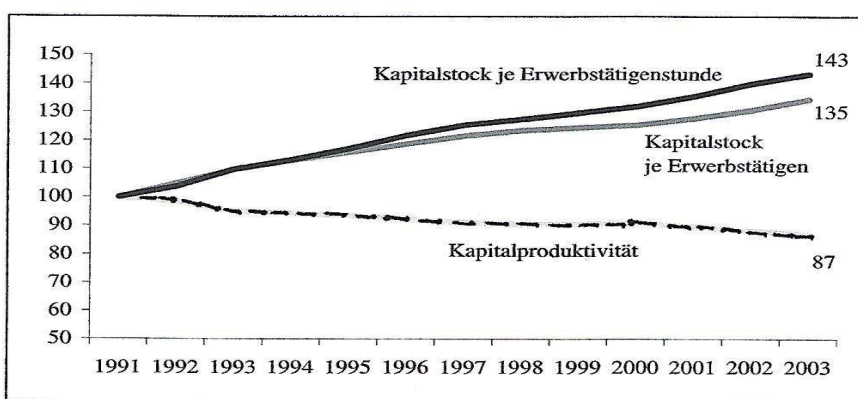
[10] <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-trends/beitrag/54003?highlight=kapitalintensit%25C3%25A4t>

Wurde im Jahr 1991 noch jeder Arbeitsplatz im Durchschnitt mit 208.000 Euro (in Preisen von 1995) ausgestattet, so waren es im Jahr 2003 bereits 280.000 Euro. Im Gegenzug ist die durchschnittliche Kapitalproduktivität gesunken. Die Arbeitsproduktivität ist im Betrachtungszeitraum 1991 bis 2003 angestiegen, weil der Kapitalstock je Erwerbstätigen mit 35 Prozent und erst recht der Kapitalstock je Erwerbstätigenstunde mit 43 Prozent deutlich stärker stieg, als die Kapitalproduktivität rückläufig war (13 Prozent).

Abbildung 3

Kapitalintensität und Kapitalproduktivität

- Kapitalintensität¹⁾ und Kapitalproduktivität²⁾ in Deutschland, Index 1991 = 100 -



1) Kapitalintensität: Kapitalstock in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen und je Erwerbstätigenstunde.

2) Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zum Kapitalstock jeweils in Preisen von 1995.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Die Entwicklung auf sektoraler Ebene macht deutlich, dass die Dienstleistungsbranchen am wenigsten das Verhältnis von Kapitaleinsatz zu Arbeitseinsatz gesteigert haben. Dagegen wurde in der Industrie erheblich mehr Kapital je Arbeitsplatz investiert.

Betriebsgrößenstruktur, Monopole

Diese ständige Entwicklung ist symptomatisch nahezu für die gesamte Wirtschaft. Schließungen, Pleiten, Übernahmen und Fusionen bedeuten relatives Schwinden der Kleinproduktion und mittlerer Unternehmen – gleichzeitig wird aber auch ständig neu gegründet und neue Kapitalableger entstehen besonders in innovativen Branchen.

Gleichsam wie Förster beim Wald legen das Gesamtkapital und sein Staat als „ideeller

Gesamtkapitalist“ heutzutage großen Wert auf „Verjüngung“, damit es neben Baumriesen (Monopolen) auch weiter viel Jungwuchs und Unterholz gibt, das systematisch durch Förderung von Existenzgründungen, Start-Ups usw. gepflegt wird.

[10] <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-trends/beitrag/54003?highlight=kapitalintensit%25C3%25A4t>

Rund 13.000 Großbetrieben mit mehr als 500 Leuten stehen in Deutschland heute rund 3,5 Millionen kleine und mittlere Betriebe gegenüber. Die Großbetriebe machen lediglich 0,4 % der Gesamtzahl aus! Sie machen allerdings 60% des Umsatzes und beschäftigen 40 % aller Sozialversicherten. [11].

Interessant ist, dass sich das seit 100 Jahren rein zahlenmäßig wenig geändert hat. Lenin schrieb damals: [12]: „Von den 3,3 Millionen Unternehmungen Deutschlands sind ... nur 0,9% Großbetriebe. Auf sie entfallen ... von den Arbeitern 39,4 %.“

Neben einer weiteren Konzentration und Zentralisation bei Großbetrieben, Schlucken von kleinen, sozusagen versteckte Monopolisierung durch Kontrolle mittels verschachtelter Beteiligungen, Vorherrschen von Oligopolen bis hin zu Monopolen sehen wir aber nach wie vor die Fortexistenz des „gewaltigen Untergrundes des alten Kapitalismus“ (Lenin), in Gestalt von Millionen kleiner und mittlerer Betriebe. Die theoretische Übertreibung bis Verabsolutierung der Rolle der Monopole z.B. durch Stomokap-Theoreme oder Konzeptionen einer „antimonopolistischen Demokratie“ lassen sich mit der komplexen Realität nicht vereinbaren. Jedenfalls ist die „nicht-monopolistische“ Bourgeoisie nach wie vor eine wesentliche Säule der Kapitalherrschaft.

Kartell- und Anti-Monopolgesetze mögen absolute Monopole formal verhindern; tatsächlich aber bilden die jeweils Großen bestimmter Branchen – wie man z.B. an der Autoindustrie sehen kann, Oligopole – 2017 unter Kartellverdacht - die durch höchstentwickelten Verbandslobbyismus, das Finanzsystem sowie innigste Verflechtungen mit Staat und Politik sozusagen wie „monopolistische Komplexe“ operieren.

Immer größerer Aufwand an konstantem Kapital kann nur mit Krediten bewältigt werden; die Industriebetriebe besitzen vielfach nur einen kleineren Teil Eigenkapital, der überwiegende Teil gehört fremden Eigentümern, Banken, Investoren, Aktionären usw. unter Kontrolle der Banken, die – selbst monopolisiert - so mit der Industrie zum Finanzkapital verwachsen sind.

[11] Institut für Mittelstandsforschung Bonn - http://www.ifm-bonn.org/uploads/tx_ifmstudies/Daten-und-Fakten-2_2012.pdf

[12] Lenin Werke (LW) Band 22, S. 200

Zum tendenziellen Fall der Profitrate (TFP)

Die Kapitalarten in der Produktion:

- Konstantes Kapital c:

Boden, Gebäude, Maschinen, Arbeitsmittel = fixes Kapital
Rohstoffe, Hilfsstoffe, Brennstoffe, Energie = zirkulierendes Kapital

- Variables Kapital v:

Arbeitslöhne - (v = variabel, weil allein wert- u. mehrwertbildend, verändernd)
v (Löhne) und m (Mehrwert) zählen auch zum zirkulierenden Kapital. *)

Was ist der Profit, was die Profitrate?

Der Profit – die „verwandelte Form oder... die Erscheinungsform des Mehrwerts“ (Marx) entspringt ausschließlich der unbezahlten Mehrarbeit, dem Mehrwert, den die Arbeiter produzieren und die

Kapitalisten kostenlos einstecken. Obwohl also nur das variable Kapital, die Ware Arbeitskraft Mehrwert schafft, sehen die Kapitalisten und ihre Ökonomen das anders. Sie betrachten als Profitquelle das gesamte eingesetzte Kapital, also Geld, Boden, Arbeit, Anlagen, Rohstoffe etc. gleichmäßig zusammengeworfen. Dem entspricht die bürgerliche VWL mit ihren „Produktionsfaktoren“ Boden, Kapital und Arbeit. Damit wird die tatsächliche Quelle des Profits verschleiert, „mystifiziert“, die allein die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital ist.

Die Profitrate – ein Verhältnis:

$$\text{Profitratenformel} \quad p' = \frac{m}{c + v} \quad [\%]$$

p' = Profitrate; m = Mehrwert, dessen Masse = Profit, dessen einzige Quelle;

c = **gesamtes konstantes Kapital** - nicht wertbildend - „Durchlaufposten“,

bestehend aus:

c = **fixem Kapital** („Sachanlagekapital“ - Gebäude, Maschinen..) und
zirkulierendem Kapital (Roh- u. Hilfsstoffe, Energie, Vorprodukte)

v = **variablem Kapital** (Löhne, Preis der Ware Arbeitskraft)

*) Der Arbeitstag der Arbeiter teilt sich in die notwendige Arbeitszeit ($\approx v$), während der sie für ihren eigenen Lebensunterhalt arbeiten, und in die Mehrarbeitszeit ($\approx m$) während der sie für ihren Kapitalisten arbeiten.

Profitraten der Einzelkapitale, Durchschnittsprofitrate von Branchen, - Durchschnittsprofitrate Gesamtkapital

Für einen einzelnen Betrieb lässt sich bei guter Buchhaltung die Profitrate noch relativ einfach berechnen. Komplizierter ist es mit den Durchschnittsprofitraten von ganzen Branchen. Diese ergeben sich durch ständigen Ausgleich unterschiedlicher Profitraten der Branchen-Einzelkapitale durch Aus- und Einwanderung von Kapital. Unrentable Betriebe scheiden aus, innovative, florierende Firmen mit Extraprofiten ziehen Kapital an, doch die Konkurrenz schläft nicht. So findet ein permanenter Ausgleich der Profitraten statt mit dem Ergebnis, dass jedes Kapital proportional zu seiner Größe im Endeffekt den (dem Durchschnitt entsprechenden) gleichen Anteil am Gesamtprofit (v) erlangt.

Noch komplizierter wird es mit der gesamtgesellschaftlichen Profitrate über alle Branchen hinweg. Diese erscheint nach Marx als ein „**verschwimmendes Nebelgebilde**“, als ein „**nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen**“ [13]

Diese Zusammenhänge hat Marx im 3. Band des Kapital ausführlich analysiert [14].

Veränderliche Größen, die untereinander zusammenhängen

So einfach und überschaubar die Bruchformel der Profitrate auf den ersten Blick aussieht, umso vielfältiger und komplexer sind die politisch-ökonomischen, gesellschaftlichen Bedingungen und Zusammenhänge, welche die 3 Größen m , c und v bestimmen bzw. beeinflussen:

$$\text{Profitrate } p' = \frac{m}{c + v} [\%]$$

m, c und v sind veränderliche Größen, die wiederum untereinander zusammenhängen – z.B:

Der **Arbeitstag** besteht aus:

Notwendige Arbeitszeit (→ v - Lohn) + Mehrarbeitszeit (→ m - Mehrwert)

Die Aufteilung entscheidet der **Klassenkampf** !

[13] MEW25/171)

[14] MEW 25, „Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion“ - im Internet: http://www.mlwerke.de/me/me25/me25_000.htm

Wie funktioniert das Gesetz vom TFP ?:

Jedes Einzelkapital strebt durch Rationalisierung, Personaleinsparung, Lohndrückerei, produktivere Verfahren und entsprechend höheren Aufwand an Technik, an mehr konstantem Kapital nach Maximierung der Masse seines Profits. Das macht es aber nicht alleine. Die Konkurrenten ziehen nach, so dass sich die neuen kapitalintensiveren Produktionsmethoden verallgemeinern, der Einzelvorteil (Extraprofit) infolge höherer Investitionen schwindet dahin. Langfristig müsste daher das eingesetzte konstante Kapital der Gesamtheit aller Kapitalien relativ zum Gesamt-Mehrwert zunehmen, d.h. die allgemeine Profitrate müsste sinken, sofern das nicht gegenwirkende Tendenzen verlangsamen oder konterkarrieren.

Es herrscht also die Tendenz, dass c schneller wächst gegenüber m und v,

d.h: **die Profitrate p` fällt** (tendenziell)

Tendenziell heißt nicht absolut und auch nicht immer.

Denn es gibt entgegenwirkende Ursachen – z.B.:

- Löhne (und „Lohnnebenkosten“) senken, Arbeitszeit verlängern:
- v wird relativ kleiner, m größer → **die Profitrate p` steigt**
- Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals ...
- c wird kleiner → **die Profitrate p` steigt**

auch: Staatsverschuldung, Steuersenkungen, Rentenkürzungen, Privatisierungen, Subventionen u.a. wirken direkt oder indirekt dem Fall der Profitrate entgegen.

Zwieschlächtiges Gesetz durch wachsende Produktivität:

„Mit der Entwicklung des Prozesses, der sich im Fall der Profitrate ausdrückt, schwillt die Masse des so produzierten Mehrwerts ins Ungeheure“ [15]. Das heißt:

einerseits Tendenz zum Fall der Profitrate –

andererseits durch wachsende Produktivität :

Wachstum der absoluten Waren- und damit der Profitmasse.

Einleuchtende Tatsachen z.B.: Mit immer weniger Arbeitskraft werden immer mehr Waren produziert; Die Schaffung industrieller Arbeitsplätze wird immer teurer. (s. Bild Kapitalproduktivität [10])

[15] MEW 25/254

Kapital ist nicht nur Geld – es muss sich verwerten

„Deutsche Konzerne schwimmen im Geld“ - „Geld ist genug da - es muss nur anders verteilt werden“ - erklären diverse Reformökonomien. Sie glauben, man könne solches Geld einfach umverteilen, in Infrastruktur, Bildung oder Armutsbekämpfung stecken, sprich verbrauchen. Sie vergessen den Kapitalismus, ignorieren den Zusammenhang zwischen Produktion und Zirkulation, betrachten nur den Geldkreislauf. Sie ignorieren, dass es sich nicht einfach nur um Geld, sondern um Kapital handelt, das sich ständig mit Profit verwerten muss. Es ist unbedingte Lebensnotwendigkeit aller Kapitalisten, dass sie ihr Kapital im Konkurrenzkampf (auch mit internationaler „Wettbewerbsfähigkeit“) profitabel bei Strafe der Pleite verwerten müssen und nicht in beliebigem Umfang dem Konsum überlassen können. Überschüssiges Kapital wird dem Konsum im Wesentlichen nur überlassen, wenn es sich in Kapital für die Gesamtheit der Kapitalisten zurückverwandelt. Und wenn es im Inland an Nachfrage mangelt und die Akkumulation an Grenzen stößt, werden Kapital und Waren ins Ausland exportiert.

[16] MEW 25/267f

Gesamtgesellschaftliche Profitrate

Aus der bürgerlichen Statistik, in der oft Wölfe und Schafe zusammengezählt werden, lässt sich nur bedingt und sehr schwierig etwas über die Entwicklung der Profitrate herausfinden. Verschiedene Autoren kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen, was auf unterschiedlichen Untersuchungsmethoden und unterschiedlichen Daten der bürgerlichen Statistik beruht.

Es geht aus allen Untersuchungen zur Nachkriegszeit hervor, dass die hohen Profitraten der 50-iger bis 60-iger Jahre bis heute nicht wieder erreicht wurden. Manche stellen anschließend eine weiter fallende Profitrate fest. Einige sehen das nicht bestätigt [17], andere gar meinen, man könne auf das Gesetz vom TFP gleich ganz verzichten [18].

Letzteres lässt an ein im Verhältnis zum Profitratenfall sehr einfaches Beispiel denken: Der Mond würde aufgrund der Gravitationskraft „tendenziell“ auf die Erde fallen. Durch die entgegenwirkende Zentrifugalkraft bleibt er aber auf seiner Umlaufbahn. Nur ausnehmend Verrückte kämen auf die Idee, das Newtonsche Gravitationsgesetz deshalb für überflüssig oder unwirksam und verzichtbar zu erklären. Das aber bringen manche Experten (sogar mit marxistischem Anspruch) zum Gesetz vom TFP fertig, wenn sie z.B. „...die Unhaltbarkeit des Gesetzes sowie seine Nutzlosigkeit ...“ behaupten [18]. Dieser „Verzicht“ kommt einer Leugnung des historischen Charakters der kapitalistischen Produktionsweise gleich, einer Erklärung des Kapitalismus quasi zum Perpetuum Mobile.

Denn es kommt weniger auf buchhalterische Nachweise, statistische Kurven oder mathematische Hütchenspielereien zum Profitratenfall an. Oft wird die Sache auf das Zusammenspiel abstrakter Wertgrößen reduziert, ohne Rücksicht auf Klassenkampf und Politik. Die politische Ökonomie wird so auf das Niveau einer bürgerlichen Faktorenanalyse heruntergebracht. Bei aller Akribie diverser Nachweise bzw. unpolitisch-abstrakter „Widerlegungen“ wird oft das Allerwichtigste, das Entscheidende vergessen:

Die Tendenz zum Fall der Profitrate ist vor allem die Triebkraft, die die kapitalistische Produktionsweise ständig in die Richtung wachsender Produktivität vorantreibt und damit die historische Dynamik des Kapitalismus, aber auch seine Beschränktheit bestimmt.

Das Gesetz vom TFP ist ein ökonomisch - soziales, historisch bedingtes, beeinflussbares Gesetz und keine abstrakte mathematische Formel.

 [17] Harald Mattfeld, „Tendenzieller Fall der Profitrate? - <http://online-university.net/profitrate2.pdf>

[18] Michael Heinrich, „Zur Kritik des Marxschen Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate“ - <http://www.oekonomiekritik.de/309Profitratenfall.htm>

Nachweise des Profitratenfalls

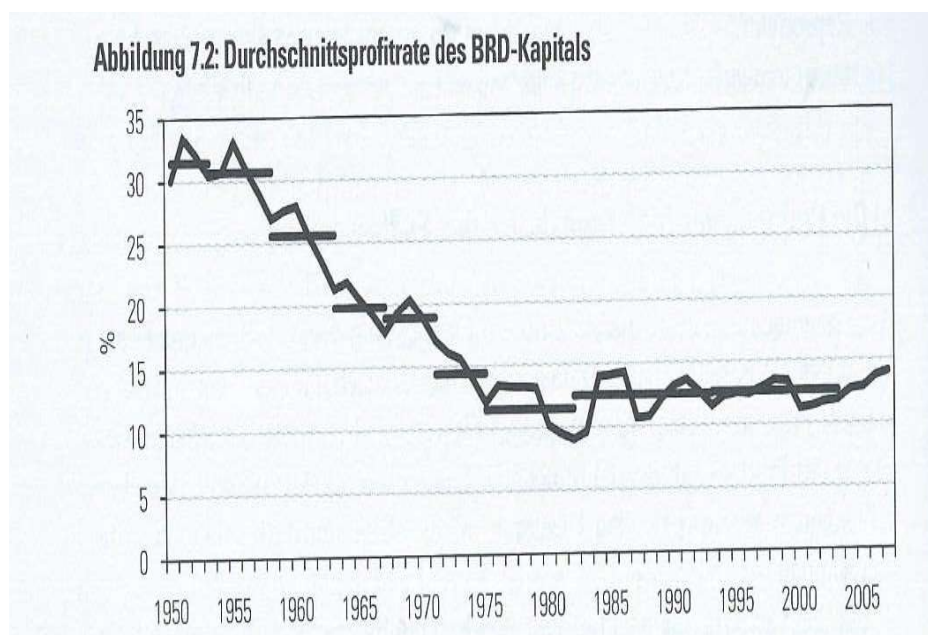
Hier sollen nur folgende Quellen herausgegriffen werden (einen weiteren Überblick zur entsprechenden Literatur findet man bei Wikipedia unter dem Stichwort „tendenzeller Fall der Profitrate“ [19]).:

1) Institut der Wirtschaft (IW) Köln (sinkende „Kapitalproduktivität“ ein Indiz - bereits oben dargestellt – siehe [10] Seite 6).

2) Stephan Krüger [20], „Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation“, Band 1:

Krügers Untersuchungen zeigen einen deutlichen Profitratenfall in der BRD zwischen 1950 und ca. 1980, die er als Periode der „beschleunigten Akkumulation“ definiert. Danach sieht er den Übergang in die „strukturelle Überakkumulation“, die zunächst entgegenwirkende Tendenzen aktiviert und bislang „ein Abgleiten des BRD-Reproduktionsprozesses in eine depressive Spiralentwicklung verhindert“ habe.

Abbildung aus [20]:



[19] https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_des_tendenziellen_Falls_der_Profitrate

[20] Stephan Krüger „Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation“, Band 1, VSA, 2010, Seite 464

'3) In einem Diskussionspapier von Harald Mattfeld, Uni Hamburg [21] sind Verläufe aus GB (blau) und USA (rot) dargestellt. (Die fallenden Strichlinien bis etwa 1980 und zum Anstieg danach sind vom Verfasser dieses Artikels eingefügt.):

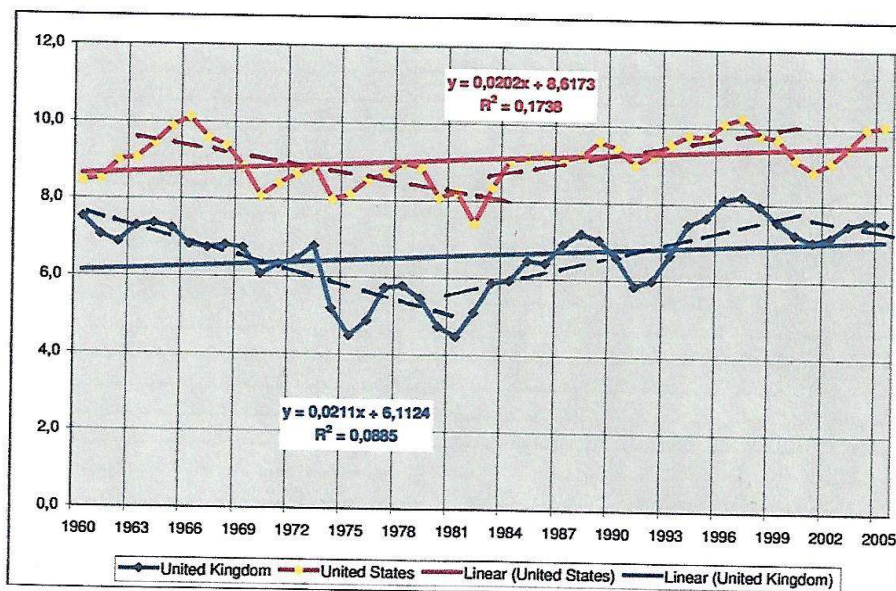


Abbildung 3: Profitratenentwicklung in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien

Ergebnis :

Auffällig ist, dass in allen 3 Verläufen bis in die 80-iger Jahre die Profitraten fallen, anschließend in der BRD eine annähernd horizontale Linie, in USA und GB steigende Tendenzen folgen. Das muss wohl mit den „entgegenwirkenden Ursachen“ zu tun haben, die insbesondere unter dem Etikett Neoliberalismus rangieren (Reaganomics, Thatcherismus usw). Sie kamen in der BRD erst etwa ab 2004, später mit Schröders Agenda 2010 zum Tragen.

[21] Harald Mattfeld, www.zoess.de – ISSN 1868-4947/09

[22]] https://de.wikipedia.org/wiki/Mont_P%C3%A8lerin_Society